

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Monatspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deinhardt, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Frühlallee 79/81.

Inserate  
für die viergespaltene Beischrift oder deren Raum 40  $\frac{1}{2}$ ,  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\frac{1}{2}$ ,  
Verkaufsanzeigen 10  $\frac{1}{2}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

### Ehrenpflicht der Kollegen ist es, den Zuzug nach Berlin und Vororten streng fernzuhalten, weil unsere Kollegen dort ausgesperrt sind.

#### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

#### Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Wien, Döbernhan (Paul und Gustav Neuber), Altona (Marcus & Frank), Berleberg, Reisknig (Reuner & Marx), Wrieg (Stoth), Gdrlig, Berlin und allen Vororten;
  - Kameradschulern nach Heilbronn-Sonthelm, Gdrlig, Schmeleberg, Bez. Dresden (Mathias);
  - Stellmachern und Tischlern nach Dessau (Waggonfabrik), Gdrlig (Waggonfabrik);
  - Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Barth a. d. Ostsee, Ablershof (Buz);
  - Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Epenid (Gehr. Krüger & Co.), Frankfurt a. d. O. (Hugo Schuler);
  - Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Ludenwalde, Frankfurt a. M. (Dr. Krügener), Schönlanke (G. Wöppel);
  - Modeltischlern nach Düsseldorf (Habersang & Binsen); Frankenthal (Kühne, Ropp & Kausch);
  - Rüstentischlern nach Mügeln (Rüstentischfabrik Walbau);
  - Politurarbeitern nach Umberg (Sporn & Delmer);
  - Korbmachern nach Rheinfelden (Wilmh), Bogstedt (Kraus), Stubben (Bieger), Selbstedt (Schreiber, Wilsch, Allerman);
  - Musikinstrumentenarbeitern nach Berlin, Biegnitz (Freytag), Eisenberg, Osnabrück (Rau), Helmstedt (Schweglerhausen & Geier);
  - Dürfenmachern nach Barth, (Sobemann);
  - Stuhlbaucern und Polierern nach Reisknig (Reuner & Marx) Bahri. Baden (W. Mingwald);
  - Stocharbeitern nach Weissensee bei Berlin;
  - Stocharbeitern nach Brüssel (Meuter).

#### Die Arbeiter in der Holzindustrie.\*)

III.

Von hervorragendem Interesse sind ferner die Feststellungen der Statistik über die Ausbreitung unseres Verbandes in den Werkstätten der verschiedenen Berufe. Es war gewiß ein glücklicher Gedanke, den Werkstattfragebogen nach dieser Richtung zu erweitern, und bleibt nur bedauerlich, daß die betreffende Frage zum ersten Male gestellt worden ist, so daß Vergleiche mit früheren Zählungen nicht angestellt werden können. Noch bedauerlicher aber ist, daß durch diese Frage festgestellt werden mußte, daß mehr als 20 000 Verbandsmitglieder es versäumen haben, um die Beantwortung eines Fragebogens aus ihrer Werkstatt besorgt zu sein. In Zukunft sollte man wirklich erwarten dürfen, daß jede Werkstatt vertreten ist, in welcher auch nur ein Verbandskollege arbeitet. Müssen sich doch diese lässigen Mitglieder von unorganisierten Kollegen beschämen lassen, da nämlich 1431 Werkstätten beteiligt sind, in denen gar keine organisierten Arbeiter beschäftigt sind. Diese gänzlich unorganisierten Werkstätten bilden rund 14 pZt. der Gesamtzahl, ein Beweis zugleich, daß unsere Gauborstände und die Zahlstellenverwaltungen noch immer ein weites Agitationsfeld haben.

Daß es in erster Linie die kleinen Werkstätten sind, welche hierbei in Frage kommen, ist begreiflich. Nicht weniger als 1170 von den gänzlich unorganisierten Werkstätten sind solche, welche nur einen bis fünf Arbeiter be-

schäftigen. Von diesen Kleinbetrieben sind fast 21 pZt. noch gänzlich unorganisiert. Hieraus erklärt es sich denn auch, daß diejenigen Berufe, in denen der Kleinbetrieb besonders zahlreich ist, in dieser Hinsicht auch die ungünstigsten Verhältnisse aufzuweisen haben, so daß die Korbmacher mit 23 pZt. und die Stellmacher gar mit 31 pZt. gänzlich unorganisierter Werkstätten verzeichnet stehen.

Der Bearbeiter unserer Statistik hat sich aber nicht darauf beschränkt, nur die unorganisierten Werkstätten zu zählen, sondern er führt uns in den Tabellen 8 und 9 auch die organisierten vor, und zwar in vier Zahlenreihen, je nachdem die Kollegen bis zu ein Viertel, zur Hälfte, zu Dreiviertel und über Dreiviertel organisiert sind. In der letzten Rubrik, also mit über 75 bis 100 pZt. organisierter Arbeiter, ergaben sich 3580 Werkstätten oder rund 35 pZt. der Gesamtzahl, von den Tischlerwerkstätten sogar 38 pZt., was gewiß als ein recht erfreuliches Ergebnis bezeichnet werden kann. Leider aber stehen in diesem Punkte die großen Werkstätten hinter den kleinen weit zurück, so daß von den Werkstätten mit 76 bis 100 beschäftigten Personen nur noch 5 pZt. zu denen zählen, welche mit über Dreiviertel organisiert sind. Allerdings steigt diese Differenz bei den Werkstätten mit 101 bis 200 Personen wieder auf 12 pZt., dafür befinden sich aber unter den 42 Werkstätten mit mehr als 200 Personen nur 4, welche mehr als zur Hälfte, und nicht eine, welche über Dreiviertel organisiert ist. Gelegenheit und Anlaß zur weiteren Agitation ist also in den großen wie in den kleinen Werkstätten hinreichend vorhanden. Sind doch auch von der Gesamtzahl der in allen beteiligten Werkstätten beschäftigten Arbeiter nur 46 pZt., von den Arbeiterinnen gar nur 4 pZt., überhaupt organisiert, wobei die Mitglieder anderer Verbände (Christliche, Hirsch-Dundersche etc.), deren Zahl allerdings nur 7217 gegen 50 165 Verbandsmitglieder beträgt, mit eingerechnet sind. Den besten Stand weist in dieser Hinsicht der Gau Hamburg mit 61,9 pZt. organisierter Arbeiter und 25,7 pZt. organisierter Arbeiterinnen auf, wogegen alle übrigen Gauen mehr oder weniger zurückstehen. Insbesondere liegt die Organisation der Arbeiterinnen noch sehr im argen und wäre es wohl an der Zeit, daß dieser einmal von den Gauborständen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet würde.

Mit großer Gründlichkeit ist alsdann in den Tabellen 11 und 12 die Verschiedenartigkeit der Arbeitszeit in den einzelnen Berufen und Gauen dargestellt. Die große Bedeutung dieser Frage für die Lage der Arbeiter hätte vielleicht eine größere Ausführlichkeit des begleitenden Textes gerechtfertigt, doch ist auch darin das Wichtigste gesagt worden, während auf der anderen Seite eben von den Verbandsmitgliedern erwartet werden muß, daß ihnen das Interesse, derartig wichtige Zahlentabellen selbst zu studieren, nicht mangelt.

Nicht nur die Zahl der Werkstätten, sondern auch die beschäftigten Personen sind gruppentwiese nach der Dauer der Arbeitszeit zusammengestellt, so daß sich im ganzen folgendes Bild ergibt.

	unter 54	54	57	60	über 60 Stunden
Werkstätten.....	1,5	16,4	12,6	47,8	21,7 pZt.
Beschäftigte Personen	2,1	22,1	13,0	49,1	13,7 "

In der Mehrzahl sind es die kleinen Werkstätten, in denen noch länger als zehn Stunden täglich gearbeitet wird, denn im Durchschnitt sind in den Werkstätten, in denen die Arbeitszeit über 60 Stunden beträgt, nur 9 Personen beschäftigt, gegen 15 in den Werkstätten mit 60 Stunden und

20 Personen in den Werkstätten mit 54 Stunden. Von insgesamt 9997 Werkstätten sind es noch 2182, und von 142 506 beschäftigten Kollegen noch 19 537, deren Arbeitszeit noch länger als 10 Stunden täglich dauert. Das ist ein nicht sehr erfreuliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel selbst das Kaiserliche Statistische Amt in Nr. 8 des „Reichs-Arbeitsblatt“ an der Hand der in der Holzindustrie abgeschlossenen Tarifverträge zu der Feststellung gelangt, daß unser Gewerbe „gleichfalls die Neigung zeigt, vom Zehnstundentag zu einer kürzeren Arbeitszeit überzugehen.“

Angeichts dieser Tatsache wäre es wohl angebracht, gegen die eiffländige und noch längere Arbeitszeit sobald als möglich einen entschlossenen Vorstoß zu unternehmen.

Daß die fortgesetzten Bestrebungen der organisierten Kollegen, eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, nicht erfolglos geblieben sind, beweist neben der vorerwähnten amtlichen Feststellung auch unsere Statistik mit größter Deutlichkeit. Innerhalb zehn Jahre ist die Zahl der nur 9 Stunden arbeitenden Kollegen von 8 auf 22 pZt. gestiegen, dagegen die Zahl derer, welche länger als 10 Stunden arbeiten müssen, von 88 auf 14 pZt. gefallen. Dementsprechend ist im gleichen Zeitraum auch der Durchschnitt der wöchentlichen Arbeitsdauer von 61,5 Stunden auf 58,3 Stunden gesunken. In den einzelnen Orten ist dieser Erfolg natürlich teilweise ein erheblich größerer, wofür die Tabelle 31 unserer Statistikbrochure \*) eine Reihe von Beispielen anführt, auf welche wir hiermit verweisen.

Von sehr großer Bedeutung halten wir auch das Resultat der drei, leider ebenfalls zum ersten Male gestellten Fragen: Besteht ein Akkordtarif in der Werkstatt? Ist bei Akkordarbeit ein gewisser Wochenlohn garantiert? Besteht ein vereinbarter Minimallohn? Sehr mit Recht wird in unserer Broschüre darauf verwiesen, daß gerade diese drei Fragen bei fast allen Lohnbewegungen unserer Kollegen eine gewichtige Rolle spielen, da sie gewöhnlich in den aufgestellten Forderungen enthalten sind und ihnen von den Kollegen mit Recht die größte Bedeutung zugemessen wird, während die Unternehmer ihnen in gleichem Maße fast regelmäßig den größten Widerstand entgegensetzen. Wie bekannt, hat die Lohnsicherung bei Akkordarbeit erst neuerdings wieder zu der Aussperrung in Berlin den Anlaß gegeben, und in jeder Nummer der „Nachzeitung“ der Tischlermeister wird aufs neue die positive Behauptung aufgestellt, daß die Erfüllung dieser Forderung dem vollständigen Ruin des Gewerbes bedeuten würde.

Man ist ja nicht nur unseren Kollegen, sondern ebenso auch den Berliner Tischlermeistern sehr genau bekannt, daß die fragliche Forderung selbst im laufenden Jahre in einer ganzen Reihe von Städten von den Arbeitgebern anerkannt und genehmigt worden ist, ohne daß diese Arbeitgeber darüber zu grunde gegangen wären. Und es wäre auch wirklich traurig um das Tischlergewerbe bestellt, wenn es seinen Arbeitern nicht einen zur Befriedigung der äußersten Lebensbedürfnisse hinreichenden Mindestlohn garantieren könnte. Die Statistik aber beweist nun, daß bereits im Jahre 1902 in 1010 Werkstätten mit 22 033 beschäftigten Personen die Garantie des Lohnes eingeführt war. Das sind rund 10 pZt. aller Werkstätten und 15 pZt. aller Beschäftigten! Hierbei ist aber auch zu berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte der beteiligten Werkstätten über-

\*) Die Broschüre ist an alle Verbandsmitglieder gratis abgegeben, eventuell können dieselben sie jetzt noch in den Zahlstellen in Empfang nehmen.

\*) Die voraufgegangenen Artikel siehe Nr. 38 und 42.

haupte nur in Zeitlohn arbeiten, für welche deshalb die Garantie des Lohnes bei Arbeitslosigkeit gar nicht in Frage kommt. Rechnen wir nur die reinen Akkordwerkstätten, sowie diejenigen, welche teilweise in Akkord und Lohn arbeiten, so ergibt sich, daß in 23 pSt. dieser Werkstätten die so sehr angegriffene Lohnsicherung tatsächlich besteht. Bei den Tischlern allein ist das Verhältnis sogar noch etwas günstiger, da bei ihnen die Zahl dieser Werkstätten beinahe 20 pSt. beträgt. Und in der Zeit, welche seit der Aufnahme unserer Statistik schon wieder verstrichen ist, haben sich die Verhältnisse weiterhin wesentlich günstiger gestaltet, so daß die Arbeitgeber und insbesondere die Berliner Tischlermeister es endlich aufgeben mögen, uns und dem Publikum weis machen zu wollen, diese Forderung sei unmöglich, sei auf den Ruin der Arbeitgeber gerichtet. Sie ist im Gegenteil nicht nur möglich, wie die durch die Statistik nachgewiesenen zahlreichen Fälle der Praxis beweisen, sondern sie ist vor allen Dingen auch ebenso notwendig im Interesse der Existenz der Arbeiter und einer gesunden Entwicklung des Gewerbes selbst, welches gerade dadurch ruiniert werden würde, wenn der willkürlichen Herabsetzung der Akkordlöhne und der hierdurch ermöglichten Schmutzkonkurrenz keine Schranken gesetzt werden.

**Die Aussperrung in Berlin.**

r. L. In der letzten Woche hat der Kampf eine günstige Wendung für die Arbeiter genommen. Obwohl nun der neue Beschluß des Bauischlermeistervereins in Kraft tritt, nach welchem sämtliche Gesellen auszusperrt sind, so hat doch die weitere Aussperrung erheblich nachgelassen. In der Zeit vom 28. November bis 3. Dezember sind nur 45 Mitglieder ausgesperrt worden. An zwei Tagen, am Donnerstag und am Sonnabend, meldeten sich überhaupt keine Aussperrten. Diese Tatsache war in den vorhergehenden Wochen nicht zu verzeichnen gewesen. Am Schluß der Woche betrug die Zahl der ausgesperrten Mitglieder 806, das sind 55 weniger, als am vorhergehenden Sonnabend. Streikende kamen in der Woche vom 28. November bis 3. Dezember 99 hinzu. Aber auch von den Streikenden reisten viele ab oder traten anderweitig in Arbeit. Am Schluß der Woche waren 1114 Streikende vorhanden, gegen 1077 in der Woche vorher. Die Arbeitslosen haben sich verringert. Am Sonnabend wurden 467 arbeitslose Mitglieder gezählt. In Nixdorf sind ausgesperrt und im Streik 120 Mitglieder und in Weiskensee 48. Rechnen wir noch die 425 streikenden Alpbisarbeiter hinzu, so kommen für den Holzarbeiterverband in Berlin, Weiskensee und Nixdorf 2980 Mitglieder in Betracht, die unterstützt werden müssen. Von den anderen Organisationen, die Klavierarbeiter einbezogen, befinden sich circa 1800 im Streik oder sie sind ausgesperrt; mithin gibt es in Berlin 4780 streikende und ausgesperrte organisierte Arbeiter.

Sieben mittlere Werkstätten mit 112 Kollegen, die wegen der Aussperrung streikten, haben die Aussperrung zurückgenommen und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. Ferner haben mehrere Meister ihre Aussperrten eingestellt, deren Gesellen jedoch nicht in den Streik getreten waren. Andere Meister wenden sich an die Streikenden und Aussperrten, um sie zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Da sie sich aber nicht verpflichten wollen, sämtliche vorher beschäftigten Arbeiter wieder einzustellen und die Aussperrung rückgängig zu machen, mußte von einer Einigung Abstand genommen werden. Von 223 aussperrenden Betrieben sind noch Aussperrte aus 144 Werkstätten vorhanden. In 68 Werkstätten befinden sich die Kollegen zur Abwehr der Aussperrung im Streik.

Die Abreise der letzten Kollegen dauert noch fort. In dem meisten Zahlstellen sind unsere Kollegen bemüht, sie in Arbeit zu bringen. Verschiedene Zahlstellenverwaltungen haben uns geschrieben, es können aus Berlin eine Anzahl Kollegen kommen, sie würden mit ihrer Hilfe Arbeit erhalten. Ein bürgerliches Blatt in Berlin ließ einen Trupp abreisender Kollegen am Bahnhofe fotografieren und brachte die Abreise der Kollegen im Bild. Von den Zahlstellen des vierten Gauses haben Berlin, Nixdorf, Weiskensee, Schöneberg, Steglitz, Lichterfelde und Charlottenburg den Beitrag auf eine Mark pro Woche erhöht; die letzteren vier sind an der Aussperrung noch gar nicht beteiligt.

Bei den Meistern ist die Opferwilligkeit natürlich nicht so groß. Auch der Arbeitgeberverband hat einen Extrabeitrag ausgeschrien. Nach einem Beschluß des letzten Verbandstages des Arbeitgeberverbandes hat der Zentralvorstand das Recht, einen Extrabeitrag bis zu M. 1 pro Geselle zu erheben. Von diesem Rechte hat Herr Rahardt Gebrauch gemacht. Von den 47 Unterverbänden des Arbeitgeberverbandes haben sich bis jetzt nur 16 bereit erklärt, den Extrabeitrag zu zahlen, die anderen haben sich mit der moralischen Unterstützung begnügt. Herr Rahardt kann sich aber trösten, denn der Steglitzer Obermeister will ja die Munition schiffsladungsweise nach Berlin senden. Von ihm veröffentlicht die Fachzeitung folgendes Gedicht:

Galtet aus, Ihr wadern Streiter,  
Wenn auch viel Opfer braucht der Krieg,  
Wir stehen fest! Nur rüstig weiter,  
Dann auch Euch werden: Lohn und Siz.  
Nur ja nicht wanken,  
Hand in Hand  
Zeigt seine Kraft der Schutzhilfsband!  
Bis endlich unsere Feinde gehn,  
Daß wir auf festem Fuße stehn.

Auch wir in Steglitz sind dabei  
Zu helfen, wo wir irgend können;  
Verlaßt Euch drauf! wir sind so frei,  
Was man „Munition“ tut nennen  
Schiffsladungsweise wirds kommen an,  
Es bürgt dafür Sebastian.

Das wird die Meister wieder etwas erschauern. Obwohl der Arbeitgeberverband einen sehr hohen Extrabeitrag er-

heben will, schreibt doch die Fachzeitung, die Geldmittel der Arbeitgeberorganisation seien wenig oder gar nicht in Anspruch genommen worden. Aus wurde jedoch von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet, daß im Gegenteil nur sehr schwer Geld zu bekommen sei. Der Unterstützung nachsuchende Meister müsse sich geradezu als Bettler hinstellen und bekomme auch das Geld nur gellchen. Vom Holzarbeiterverband weiß die Fachzeitung mitzuteilen, daß es sehr stark bröckelt und die Streikunterstützung immer kärglicher und immer unregelmäßiger ausbezahlt werde. Die Streikenden meldeten sich bei ihren Meistern und bäten um Aufnahme in die Werkstatt zu den alten Bedingungen, aber jetzt sei es zu spät. Das Papier der Fachzeitung ist halt sehr geduldig.

Die Unternehmer berichten, daß insgesamt 6632 Arbeiter ausgesperrt seien und streiken.

In nachfolgenden Werkstätten haben unsere Kollegen zur Abwehr der Aussperrung die Arbeit niedergelegt und ist der Bezug nach diesen Werkstätten streng fernzuhalten:

- Wengler & Mohrmann,
- Warschauerstraße
- Briebbenow, Görliger Ufer
- Birl, Pallisadenstraße
- Fiege, Weidenweg
- Koneleit & Pfaff, Krautstraße
- Seifert & Wolf, Fruchtstraße
- Möbller & Schmidt,
- Frankfurterstraße
- Neumann & Bunar,
- Laustherplatz
- Heim & Gerken, Heidenfeldstraße
- Muge, Kochhanstraße
- Schuster & Böhm, Weidenweg
- Siern & Selieger, Krautstraße
- S. C. Pfaff, Zeughoffstraße
- Zelber & Wlaten,
- Frankfurter Allee
- Siebert, Oranienstraße
- Pfaff, Französischstraße
- Steingrüber, Brunnenstraße
- Franz Verndt,
- Warschauerstraße
- Schönherr, Müdersdorferstraße
- Mübe, Giltshinerstraße
- Möhlhling, Friedenstraße
- Sawaßki, Wlischerstraße
- Fischer, Weidenweg
- Nachfall, Kastanien-Allee
- Hochert & Kreuger, Pappel-Allee
- Prächtel, Borchstraße
- Haberland, Krausenstraße
- Budach, Weidenweg
- Schoy, Urbanstraße
- Leichert, Memelnerstraße

- Blankenburg & Schnabel,
- Vorhagenerstraße
- Hoop, Admiralstraße
- Niebling, Waldemarstraße
- Diege, Königsbergerstraße
- Peters, Wrinzenstraße
- Rufelung, Kochhanstraße
- Schmidt, Memelnerstraße
- Roggenbuch, Müdersdorferstraße
- Bipiel, Romintenerstraße
- Kaiser, Meindendorferstraße
- Geißler, Brunnenstraße
- Schulz, Müdersdorferstraße
- Jade, Romintenerstraße
- Jes & Comp.,
- Frankfurterstraße
- Wall, Vorhagenerstraße
- Lange, Brunnenstraße
- Jarocki, Dranienstraße
- Werner, Stralsunderstraße
- Metas, Königsbergerstraße
- Wanke, Krautstraße
- Stroda, Petersburgerstraße
- Walz, Bernauerstraße
- Friedrich, Fruchtstraße
- Kühn, Holenheide
- Tragel, Gaussestraße
- Herrmann, Gaussestraße
- Prächtel, Krausenstraße
- Lippert, Krausenstraße
- Mey, Urbanstraße
- Wöter, Wlischerstraße
- Dähnhardt & Comp.,
- Weidenweg
- Bewesin, Reichbergerstraße

**Streik der Berliner Klavierarbeiter.**

Die Berliner Klavierarbeiter befinden sich jetzt die zehnte Woche im Ausstände. Der Kampf ist von Woche zu Woche hartnäckiger geworden. Die Unternehmer, oder richtiger ihre Scharfmacher, geben jetzt auch in der Öffentlichkeit zu, daß die von den Arbeitern gestellten Forderungen vielfach mäßige seien. Es komme aber weniger darauf an, ob diese Forderungen der Arbeiter bewilligt werden könnten; es müsse vielmehr den Arbeitern gezeigt werden, daß die Unternehmer die Stärkeren seien. Der Kampf ist also zu einer Machtprobe zwischen dem organisierten Unternehmertum und der Organisation der Arbeiter geworden. Die Aussichten des Streiks sucht man seitens der Fabrikantenvereinigung als für sich günstig darzustellen. Ihr Organ, die „Musikinstrumenten-Zeitung“, glaubte schon vor einigen Wochen, der Moment sei gekommen, wo die Arbeiter bedingungslos in die Fabrik hineinflaufen. Zu ihrem großen Leidwesen wartet die „Musikinstrumenten-Zeitung“ noch heute vergeblich darauf. Die Einigkeit unter den Fabrikanten, mit der man nach außen hin so prahlte, scheint doch bedenklliche Risse zu bekommen. Alle Tage wird seitens des Vorstandes der Fabrikantenvereinigung oder seitens ihrer Mitglieder bei jedem einzelnen Fabrikanten telefonisch angefragt, ob sie bewilligt haben. Immer und immer wieder werden sie von ihren Scharfmachern darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht bewilligen dürfen. Das gegenseitige Mißtrauen der Unternehmer untereinander wächst, da einige Mitglieder der Fabrikantenorganisation, welche sich mit ihren Arbeitern auf der Grundlage der gestellten Forderungen geeinigt haben, ihrem Vorstand gegenüber erklärt haben, ihre Leute hätten bedingungslos die Arbeit aufgenommen. Die Streikleitung sah sich aus diesem Grunde veranlaßt, nunmehr die Firmen, die bewilligt haben, im „Vorwärts“ vor zwei Wochen zu veröffentlichen. Es hat sich auch bis heute noch kein Fabrikant gemeldet, der öffentlich erklärt hätte, er sei zu Unrecht in diese Liste gekommen. Es arbeiteten bis zum 4. Dezember in 53 Fabriken 1100 bis 1300 zu den neuen Bedingungen. Die Zahl der in diesen Fabriken Beschäftigten läßt sich gar nicht mehr zahlenmäßig feststellen, da in vielen derselben fortwährend Neueinstellungen erfolgen und sich auch verschiedene solche Betriebe räumlich vergrößert haben. Von der von der Fabrikantenvereinigung beschlossenen Aussperrung ist bis heute noch nichts zu spüren. Wenn den streikenden Arbeitern auch bewusst ist, daß der langwierige Kampf immer größere Opfer von ihnen fordert, sind sie doch gewillt, dieselben auf sich zu nehmen, um den Erfolg zu einem vollständigen auf der ganzen Linie zu machen.

**Einen Rückblick auf die Lohnbewegung der Tischler in Halle a. d. S.**

gab in einer öffentlichen Versammlung am 19. November der Kollege Schuabe l. Redner schilderte zunächst die Entstehung der Lohnbewegung und wie die Verhältnisse am Orte für die Tischler bei den Großstädtpreisen die denkbar traurigsten sind. Nach Aufnahme der Statistik im Jahre 1902 war ein Durchschnittslohn von 38,3 pro Stunde zu verzeichnen. Die Verwaltung war nun der Meinung,

daß mit dem Eintritt einer guten Konjunktur die Halleischen Kollegen von selbst daran denken würden: „Jetzt ist es Zeit, eure Lage zu verbessern“. Das war aber weit gefehlt. Die vor der Bewegung abgehaltenen Werkstattversammlungen waren leider nicht in dem Maße besucht, wie man es bei einer Lohnbewegung erwarten sollte. Auch das Organisationsverhältnis ließ nach viel zu wünschen übrig. So waren von 886 in Betracht kommenden Kollegen 205 im Holzarbeiterverband, 64 im Gewerbeverein und 127 unorganisiert. Hierzu kommt nun noch das Verhalten der Gewerksvereiner. Lieben sie schon in den Werkstattversammlungen einen ungünstigen Eindruck dadurch aus, daß sie entweder gegen die Bewegung stimmten, oder sich überhaupt der Abstimmung enthielten, so setzten sie diesem Gebaren in ihrer Mitgliederversammlung die Krone auf. Sie erklärten sich, mit wenigen Ausnahmen, gegen eine Lohnbewegung, weil ihnen seitens des Holzarbeiterverbandes nicht rechtzeitig Meldung gemacht worden sei. Nun hatte aber der Vorsitzende des Gewerbevereins, Kollege Kunert, in Vorahnung, daß jedenfalls eine Lohnbewegung in Aussicht stand, vorsichtshalber dieselbe beim Generalrat in Berlin angemeldet und auch die Genehmigung erhalten. Anstatt nun dem Kollegen für seine Vorsicht dankbar zu sein, wurde er als Verräter hingestellt mit der Begründung, wenn die Lohnbewegung nicht angemeldet worden wäre, hätte man die schönste Ausrede: dieselbe muß erst angemeldet werden, und wir können nicht mitmachen. Angefichts dieser Kombinationen zog es der Kollege Kunert sowie der Schriftführer Ballasus vor, ihre Remter niederzulegen. Auch eine kurze Zeit vorher vom Gewerbeverein einberufene öffentliche Versammlung, wo den Verbändlern einmal gründlich die „Nase gepußt“ werden sollte, wo aber das Gegenteil geschah, mußte herhalten, die Lohnbewegung abzuschlagen. Man dachte ja nicht, daß der Holzarbeiterverband allein vorgehen würde. Am selben Abend, als der Gewerbeverein sich gegen die Bewegung erklärte, beschloß der Holzarbeiterverband nach nochmaliger reiflicher Aussprache und Prüfung, am nächsten Montag die Forderungen einzureichen. Das ist auch geschehen, zum großen Erstaunen der Gewerksvereiner. Nun trat aber der Kollege Schumacher vom Generalrat auf den Plan und erklärte seinen Kollegen: „Hier habt Ihr eine Dummheit gemacht.“ Man beschloß eine Resolution, welche sich wohl mit den Forderungen des Holzarbeiterverbandes einverstanden erklärte, aber eine Ausgabe für öffentliche Ausgaben ablehnte. Als solche bezeichnete man: Unterstützung der Indifferenten, Stellen der Streikposten und Abschlebung der Zugereisten. Soweit die Resolution, welche durch folgende, ganz unverständliche Erklärung Schumachers und des Kassierers Werner abgelehnt, wenn nicht ganz annulliert wurde: „Da der Holzarbeiterverband ein Hand in Hand gehen mit ihm unmöglich gemacht hat, brauchen wir uns auch nicht an seine Beschlüsse zu binden und in solchen Werkstätten, wo wir die Majorität haben, bleibt es den Kollegen überlassen, in den Ausstände zu treten oder nicht.“ Das ist echt kirchliche Dummheit. Die Ablehnung der öffentlichen Ausgaben für Indifferenten und für Abschlebung der Zugereisten kann man bei dem billigen Beitrag und folglichertweise niedrigen Kassenbestand des Gewerbevereins wohl begreifen; aber ein Vorgehen auf diese Art ist wohl nur als Verrat zu bezeichnen. Die Halleischen Kollegen mögen aber auch hieraus ersehen, daß nur eine gute Organisation, mit einem angemessenen Beitrag, im stande ist, die Lage der Holzarbeiter zu verbessern. Und auch das, was in der jetzigen Lohnbewegung errungen ist, hat nur der Holzarbeiterverband erzielt, und darum ist es auch Pflicht aller, sich einer Organisation anzuschließen, welche vor allen Dingen den Zweck verfolgt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Verfassungskollegen zu heben, und dazu ist in Halle noch viel Arbeit zu verrichten. Obwohl die Lohnbewegung der Kollegen eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche gebracht hat und eine Lohnaufbesserung von 2 bis 3 1/2 pro Stunde, so sind immer noch Löhne zu verzeichnen, welche in einer Großstadt ganz unmöglich sein sollten. Nach einer am 5. November aufgenommenen Statistik, an welcher sich 384 Kollegen, von 400 in Betracht kommenden, beteiligten, wurde festgestellt, daß unter dem Stundenlohn von 40 1/2 immer noch 74 Kollegen beschäftigt werden. Auch Stundenlöhne von 30, 32 und 33 1/2 sind noch zu verzeichnen. Wenn dieses auch meistens junge, ausgelernte Kollegen sind, so ist es doch bezeichnend für die hiesigen Verhältnisse. Einen Stundenlohn von 40-45 1/2 erhalten 268 Kollegen und 42 Kollege einen solchen von 45-52 1/2. Der Durchschnittslohn für alle Werkstätten beträgt jetzt 41,8 1/2, gegen 39,6 1/2 vor dem 1. Oktober (Inkrafttreten des Vertrages). Der Durchschnittslohn in den einzelnen Betrieben schwankt zwischen 34,5 1/2 und 47,8 1/2. Die Arbeitszeit ist in allen Werkstätten auf 9 1/2 Stunden verfürzt. Dieser Erfolg ist einer der wichtigsten, wenn man in Betracht zieht, daß vor der Lohnbewegung in verschiedenen Betrieben noch 69 und 60 Stunden gearbeitet wurde. Auch der Zuschlag auf etwaige Ueberstunden in Höhe von 10 1/2, für Sonntagsarbeit 20 1/2, ist überall, wo Ueberstunden notwendig waren, gezahlt worden. Redner appellierte an die Versammlung, diese Zugeständnisse, so minimal sie auch seien, hochzuhalten. In Anbetracht der geschädigten Verhältnisse konnte nicht mehr erreicht werden, und müssen wir uns mit dem Erfolg begnügen. Aber eins muß noch gesagt sein: daß die Halleischen Kollegen allen Grund und Ursache haben, sich fester und enger zusammenzuschließen; dann werden und müssen bessere Arbeitsverhältnisse auch hier Platz greifen. Es möge aber auch jeder dafür eintreten, daß alle Holzarbeiter im Holzarbeiterverband organisiert sind, denn nur vereint sei etwas zu erringen. Er glaube den Nachweis erbracht zu haben, daß niemals der Gewerbeverein die Organisation sei, welche wirksam die Interessen der Holzarbeiter vertreten kann. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von dem Erfolg, den die diesjährige Lohnbewegung gehabt hat, und erklärt, daß die Lohnverhältnisse den Lebensbedürfnissen am Orte nicht entsprechen. Insbesondere kann sie sich mit dem Verhalten der Kollegen vom Gewerbeverein nicht einverstanden erklären und verurteilt das Verhalten derselben vor und während der Lohnbewegung aufs schärfste. Sie erklärt, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse am Orte gebessert werden, und dies kann nur geschehen, wenn sich sämtliche Holzarbeiter dem Holzarbeiterverband anschließen.“

Darum auf Holzarbeiter von Halle Agitiert, unablässig für den Verband. Bieht die Pöpselmilch nicht wieder über die Ohren, sondern geht mit klarem Blick und Zuversicht an die Arbeit für bessere Gestaltung unserer Lebensverhältnisse.

Die Lage im Bürstenmachergewerbe

Ist eine so tieftraurige, daß sie nicht oft genug in der Öffentlichkeit geschildert werden kann. Das Bürstenmachergewerbe gehört zu jenen handwerksmäßigen Berufen, welche immer mehr von der Bildfläche verschwinden. Die größten Fabriken sind auf Grund ihrer maschinellen Einrichtungen und der billigen Arbeitskräfte — letztere zum größten Teil aus jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeitern rekrutierend — in der Lage, den Markt zu beherrschen. Diese Fabrikanten können insofern noch billig liefern, da sie sehr viele Heimarbeiter beschäftigen. Je größer eine solche Heimarbeiterfamilie ist, desto größer der Verdienst, indem die Kinder schon von fünf und sechs Jahren an mithelfen müssen. Dieser Verdienst ist aber im Verhältnis zur Arbeitsleistung und Arbeitszeit ein so minimaler, daß die Familie sich nur unter großen Entbehrungen kümmerlich durchschlagen kann, denn der Verdienst schwankt zwischen M 6 und M 12 — zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Solche armlischen Zustände finden sich dort am meisten, wo die Geistesfreiheit einen großen Einfluß auf das Volk ausübt, wo sie Entbehrung predigen und auf ein Jenseits verweisen. Bei den Kapitalisten findet die Geistesfreiheit lebhafteste Unterjüngung, da sie ja in deren Profitinteresse wirkt. Die Kleinmeister werden immer mehr von der Produktion verdrängt, sie sind zum größten Teil nur noch Händler. Die Feintware, wie Kops-, Kleider- und bergleichen Bürsten, beziehen sie überhaupt aus Fabriken, kurze grobe Ware ebenfalls zum größten Teil. Die lange Ware, wie Besen usw., wird noch beim Kleinmeister produziert, weil diese Ware durch die Verpackung leidet und unansehnlich wird. Hierzu braucht der Meister aber nur von Zeit zu Zeit einen Gesellen. Sind mehrere Gesellen bei einem Meister beschäftigt, hat er sicher Submissionsarbeit; ist diese fertig, so können die Gesellen wieder gehen und von dem „erparten“ Lohn M 16 bis M 20 pro Woche sich durchhangeln. Solch ein Bürstenmachergeselle der feine drei bis vier Jahre Lehrzeit durchgemacht hat, verdient nicht mehr als ein Arbeiter, der kurze Zeit im Beruf als Spezialist beschäftigt ist, denn die Arbeiten im Bürstenfach sind so spezialisiert, daß von einem handwerksmäßigen Beruf keine Rede mehr sein kann. Trotzdem scheuen sich die Herren Innungsmeister nicht, nach Befähigungsnachweis, Handwerkslehre und Lehrlingsausbildung zu verlangen. Dieses Verlangen ist unbillig, da doch viele der Herren Lehrlingsausbilder selber nicht im Stande sind, eine Wirtse von A bis Z herzustellen, das Lehrlingsausbilden also nur mehr als Ausbeuterei betreiben. Auf ihrem diesjährigen Verbandstag in Magdeburg haben sich die vereinigten Bürstenmacher-Innungen mit der Herstellung einheitlicher „Lehrbriefe“ beschäftigt, eine Leistung, welche in die Kumpfkammer gehört, aber nicht mehr in die Zeit der kapitalistischen Produktionsweise paßt. Daß sich die Herren mit der Lebenslage der Arbeiter, um dieselbe zu verbessern, beschäftigt hätten, davon hat man nichts vernommen; dieses zu erreichen, ist Aufgabe der Arbeiter selbst. Es wurde immer nur der feste Zusammenschluß der Unternehmer betont; hoffentlich nehmen sich die Arbeiter dieses zu Herzen. Wie hinsichtlich das Lernen im Bürstenmachergewerbe ist, zeigt, daß ein großer Prozentsatz gelernter Bürstenmacher in andere Berufe übergeht, weil der Verdienst so gering ist, daß an ein menschenwürdiges Auskommen überhaupt nicht zu denken ist. In Berlin waren vor 15 Jahren 250 bis 300 Bürstenmachergesellen; heute ist kaum die Hälfte jener „gelernten“ vorhanden — ein Beweis, daß die Arbeitsgelegenheit eine geringere und der Verdienst ein schlechter ist. Wo sind jene geblieben? Zum größten Teil vom „Handwerk“ abgegangen.

Es kann doch nicht behauptet werden, daß heute weniger gebraucht wird; im Gegenteil, die Meister, die früher sechs bis zehn Gesellen beschäftigt haben, haben heute nur einen bezw. drei Gesellen, weil sie die Ware zum größten Teil fertig beziehen.

Ein sehr großer Mangelstand für das Bürstenmachergewerbe ist der, daß sich die Gefängnisse und Wohltätigkeitsanstalten mit der Herstellung von Bürstenwaren beschäftigen.

Mit dem schädigenden Einfluß, welchen diese Anstalten auf den Beruf ausüben, beschäftigte sich am 19. September dieses Jahres eine öffentliche Bürstenmacherverammlung im „Gewerkschaftshaus“. Unterzeichnet referierte und ging auf die Klagen ein, welche sich speziell gegen die Werkstatt für Unfallverletzte richten. Diese Werkstatt ist von dem Verein für Unfallverletzte errichtet; er zählt zu seinen Mitgliedern 200 Personen, welche sich aus Staatsbeamten und reichen Privaten rekrutieren. Dieser Verein hat das Bestreben, den Unfallverletzten, welche keine oder zu geringe Rente beziehen, mit Rat und Tat beizustehen.

Ein Gönner des Vereins hat M 20 000 gestiftet. Um aber jenen Unfallverletzten, welche noch gesunde Hände haben, eine Beschäftigung zufinden zu lassen, hat der Verein eine Bürstenmacherverwerkstatt eingerichtet, welcher ein Bürstenmacher als Werkführer und Anleiter vorsteht. Gegen diesen Verein richteten sich nun die Klagen, welche zuerst von den Meistern ausgegangen sind, angeblich der Konkurrenz wegen. Man kann ja den Verlust der Kundenschaft verstehen und die Empörung begreiflich finden. Wir haben aber als Arbeiter nicht die Pflicht, wenn der eine oder andere Arbeitgeber nicht mehr existieren kann, für denselben die Kasanien aus dem Feuer zu holen; er muß dann ebenso wie der Arbeiter, welcher tagtäglich der Gefahr, ergebnislos zu werden, ausgesetzt ist, etwas anderes ergreifen. Ich bin mit dem Leiter der Werkstatt, Herrn Regierungsbaumeister Eisner, in Verbindung getreten und habe die Werkstatt besucht und mich über die Arbeitsbedingungen erkundigt. Die Einrichtung ist so, daß ich dieselbe als Nachahmung den Herren Arbeitgebern nur empfehlen kann. Die achtstündige Arbeitszeit ist eingeführt. Der Berliner Tarif wird bezahlt, für manche Arbeiten mehr. Der Verdienst, der dort erzielt wird, richtet sich je nach der Geschicklichkeit des einzelnen. Einige verdienen bei der acht-

stündigen Arbeitszeit nach einhalbjähriger Tätigkeit mehr, als mancher gelernter Bürstenmacher beim Meister, denn das Handwerkzeug und Material ist gut. Der Verein will keinen Ueberbeschuß erzielen, sondern sich selbst erhalten. In der ersten Zeit hat der Verein zugezogen. Das letzte Jahr hat er einen Ueberbeschuß von M 200 ergeben. Diese Summe ist in Form von Weihnachtsgeschenken den Beschäftigten wieder zugeflossen. Herr Eisner stellt in Abrede, daß die Bürstenmacher durch den Verein geschädigt würden und sollen wir den Nachweis erbringen, ob Gesellen dadurch arbeitslos geworden sind; diesen Nachweis zu erbringen, ist schwer, da bis jetzt noch keine Meldung gemacht wurde, daß ein Geselle direkt durch den Verein arbeitslos geworden ist. Der Abzug des Vereins erstreckt sich über ganz Berlin und auch nach auswärtig. Die Kundschaft des Vereins besteht aus Fabriken und Behörden; das liegt an der Eigenschaft des Vereins. Im großen und ganzen kann man nichts gegen das Unternehmen einwenden, da dieses eine Einrichtung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und mangelhaften Sozialgesetzgebung ist.

Wir müssen dafür eintreten, daß die Unfallgesetzgebung so ausgebaut wird, daß die Unglücklichen nicht auf die Wohltätigkeit angewiesen sind, sondern eine auskömmliche Rente bekommen, da sie auf dem Schlachtfelde der Arbeit ihre gesunden Gliedmaßen eingebüßt haben und nicht mehr im Stande sind, sich zu ernähren und für ihre Familie zu sorgen. Was die Blindenanstalten betrifft, so herrschen auch dort Mängel; vor allen Dingen dürften die Blinden nicht in Kofford beschäftigt werden. Die gesundheitsschädlichen Arbeiten, wie Besen, dürften ebenfalls nicht gestattet sein, da der Beschäftigte auf das Augenlicht, welches die nicht ganz Erblindeten noch besitzen, schädlich einwirkt. Auch das Hechten dürfte nicht von Blinden verrichtet werden, da diese Arbeit doch schon für einen gesunden Arbeiter gefährlich ist. Die Blindenarbeit ist nicht in dem Maße Konkurrenzgefährdend wie die Gefängnisarbeit, da die Blindenarbeit teurer wird. Die Ware von den Blinden wird nur gekauft, um dieselben zu unterstützen, damit sie nicht ganz den Nummern zur Last fallen. Etwas anderes ist es mit der Gefängnisarbeit. Wir müssen dahin zu wirken suchen, daß die Gefängnisarbeit nicht billiger hergestellt wird, also derselbe Lohn gezahlt oder nach dem gleichen Tarif, wie ihn die Gesellen mit den Meistern vereinbart haben, gearbeitet wird, dann wird diese Konkurrenz von selber aufhören; denn wenn der Unternehmer denselben Preis bezahlen soll, wird er sich hüten, im Gefängnis Ware anfertigen zu lassen. Die Agitation der Herren Innungsmeister gegen die Gefängnisarbeit hat fast ganz aufgehört, da sie selber von den Unternehmern, welche im Gefängnis arbeiten lassen, die Ware teilweise beziehen. Neben der Gefängnisarbeit wirkt auch die Heimarbeit, wie schon eingangs erwähnt, auf die Berufslage ein.

Allen diesen Uebelständen ist nur durch eine kräftige Organisation entgegenzutreten, daher ist es notwendig, daß sich die Kollegen organisieren und nicht mehr so gleichgültig abseits stehen. Auch müssen von selten des Hauptvorstandes Schritte getan werden, um überall dort, wo es sich lohnt, eine besondere Branchenversammlung abzuhalten und in eine kräftige Agitation einzutreten. Es entspann sich eine lebhaftige Debatte. Einige der Redner wendeten sich speziell gegen den Verein für Unfallverletzte. Kollege Gering führte einen Fall an, wo ein Unternehmer durch den Verein die Arbeit verloren habe.

Kollege Bod meinte, es sei nicht richtig, daß freie Arbeiter aus ihrem Beruf herausgedrängt werden; der Staat müsse hier eingreifen. Ueberhaupt wurde der liebe Staat im Laufe der Debatte verantwortlich gemacht. Meier und Kubisch, aus der Werkstatt des Vereins, berichteten, wie schon oben angeführt, und meinten, irgendwo müsse doch der Unfallverletzte, so lange die Sozialgesetzgebung nicht vermehren beschaffen ist, ein Unterkommen haben. Einige Kollegen meinten, aber nicht in der Bürstenmacherei. Diese irrgen Ansicht wurde den Kollegen zum Schluß dahingehend klargestellt, daß man doch niemand vorschreiben könne, wie er sich ernähren soll. Kollege Wiese wandte sich gegen das Geschäftsgebahren des Vereins, dieses müsse bekämpft werden; dadurch, daß der Verein nichts verdienen wolle, sei er im Stande, billiger zu liefern. Kollege Schmalbach sprach im selben Sinne, doch könne man gegen die Wohltätigkeit nicht vorgehen. Wiese meinte, für die Verletzten, die sich erst in die neue Arbeit hineingewöhnen müßten, seien auch die Mindestsätze des Tarifs noch zu gering. Er ging mehr auf die Blindenanstalten ein und beleuchtete die dortigen Verhältnisse. Im übrigen bewegten sich die Ausführungen im Sinne des Referats, und wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die konstatierte, daß sich die in der Bürsten- und Pinselmacherei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in trauriger wirtschaftlicher Lage befinden und schwer unter der Konkurrenz der Bürstenwaren fabrizierenden öffentlichen Anstalten zu leiden haben. Die Versammelten fordern deshalb von den maßgebenden behördlichen Körperschaften: „In Gefängnissen, Wohltätigkeits-, Blindenanstalten usw. sind Bürstenwaren nicht unter dem jeweiligen existierenden Tarif, welcher zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbart wurde, herzustellen. Die hygienischen Vorschriften sind genau einzuhalten, die gesundheitsschädlichen und gefährlichen Arbeiten, wie Besen, Vorlesen und Fiberrichten, möglichst einzuschränken, eventuell gänzlich einzustellen. Ferner unterstützt die Versammlung die auf dem Heimarbeiterkongreß angenommene Resolution, da die Lage der Heimarbeiter der Branche tieftraurig ist.“

Frauz Weiner.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1903.

Wie schon seit Jahren, so erschien auch heuer wieder der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts in erweitertem Umfang. Der über 180 Seiten umfassende Bericht behandelt die Unfall- und Invalidenversicherung, während die Krankenversicherung in dem Bericht für absehbare Zeit nicht mit erwähnt werden kann, weil das Reichsversicherungsamt in dieser Beziehung bekanntlich nicht die Rolle der obersten Aufsichts- und Spruchstelle, sondern lediglich die eines fachverständigen, zur Seite stehenden Beobachters spielt. Was in dem Bericht den Hauptabschnitt, die Unfall-

versicherung anbelangt, sei zunächst erwähnt, daß im Jahre 1903 86 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 573 834 Betrieben und 7 160 637 versicherten Personen und 19 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 4 033 457 Betrieben und 11 889 071 versicherten Personen bestanden. Außerdem sind bei 487 verschiedenen Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden 793 150 versicherte Personen.

Die Zahl der Gewerbebetriebe und der darin beschäftigten Personen hat sich gegen das Vorjahr nicht unerheblich vermehrt, während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe geringer geworden ist.

Die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats- usw. Behörden im Jahre 1903 zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 530 421, 41 716 mehr als im Jahre 1902. Von diesen 530 421 Unfällen wurden 180 081 erstmals entschädigt, insgesamt sind an Entschädigungen (Renten an Verletzte und deren Angehörige und Hinterbliebene) M 118 331 309 ausbezahlt worden, 1903 M 107 443 326, und waren als Empfänger 908 160 Personen beteiligt.

Während die Rentenziffern seit 1888, dem Jahre des Entstehens der Unfallversicherung, durchschnittlich jährlich um circa acht Millionen Mark gestiegen sind, betrug diese Steigerung im verfloffenen Jahre fast elf Millionen Mark, so daß es, angesichts des ungeheuren Anwachsens dieser Ziffern, welche mit der Vermehrung der Betriebe und der Versicherten in keiner Weise in Einklang zu bringen ist, nicht mehr als billig ist, daß der Unfallversicherung höchste Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Vorschriften, welche dem Rechnung tragen, sind jetzt, mit einer Ausnahme, von allen gewerblichen Berufsgenossenschaften erlassen worden. Die Schmelzberufsgenossenschaft, welche bisher noch nicht im Besitze von Unfallversicherungsbedingungen war, hat solche nunmehr aufgestellt und genehmigt erhalten. Auch die Privatbahnberufsgenossenschaft hat neue Vorschriften für den Strecken-, Bahnhof- und Gubdienst erlassen, neben welchen die schon bestehenden Vorschriften für den Werkstättenbetrieb der Eisenbahnen in Kraft bleiben.

Mit dem Erlaß von Vorschriften ist jedoch den Arbeitern in keiner Weise gedient, es ist genügend bekannt, daß sich ein großer Teil der Unternehmer an diese gar nicht kehrt, soll eine Verringerung in der Zahl der Unfälle und fortwährend vorkommenden Unfälle eintreten, so ist in erster Linie für bessere Ueberwachung der Betriebe und strengere Bestrafung der den Vorschriften zuwiderhandelnden Unternehmer zu sorgen.

Das unständliche Verfahren bei der Auszahlung der Renten und die Belästigung der Rentempfänger bleibt zunächst bestehen, da die Verhandlungen über die Erleichterung der Rentenauszahlungen und über die Vereinfachung des Geschäftsverkehrs der Versicherungsträger mit den Postverwaltungen bis jetzt zu keinem endgültigen Ergebnis geführt haben.

Den Angehörigen des Königreichs der Niederlande bleibt ein Beschluß des Bundesrats zufolge der Fortbezug der Unfallrenten und der Anspruch auf Hinterbliebenenrente auf dann gesichert, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren. Dasselbe ist ja bekanntlich schon seit längerer Zeit bei den österreichischen Staatsangehörigen der Fall.

Von seiten der Versicherungsträger sind im Jahre 1903 347 830 berufsungefähige Bescheide (hier von 178 368 auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze) erlassen worden. Auf je 100 berufsungefähige Bescheide entfallen 21,02 (Vorjahr 21,82) in gewerblichen und 13,17 (Vorjahr 13,22) in land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen anhängig gemachte Berufungen.

Von seiten der Schiedsgerichte wird erklärt, daß die Zahl der eingegangenen Berufungen und Anträge wieder erheblich gestiegen ist, bei einzelnen Schiedsgerichten hat sich jedoch auch eine geringe Abnahme gezeigt.

Das Reichsversicherungsamt scheint eine Umfrage darüber gehalten zu haben, ob die Zahl der unbegründeten Berufungen im Verhältnis zu den begründeten zugenommen hat; den Äußerungen der Schiedsgerichte hierüber konnte etwas Derartiges nicht entnommen werden, das Reichsversicherungsamt berichtet, daß nur ganz vereinzelte unbegründete (1) oder frivole (1) Berufungen bei den Schiedsgerichten eingelegt worden seien. Die Zukunfte der Berufungen und Anträge wird darauf zurückgeführt, daß die Zahl der Versicherten infolge der Ausdehnung der Versicherung gestiegen ist, ferner auf das fortschreitende Bekanntwerden der Versicherungsgesetze, auf die Kostenlosigkeit des Verfahrens und die Tätigkeit der Volkshilfe und Rechtskonsultanten. Im Jahre 1902 noch lagten die Schiedsgerichte vielfach über die ungeschickfertigen (1) Anträge und Berufungen, diese Klagen fehlen diesmal gänzlich, es scheint sich demnach im verfloffenen Jahre in jenen Kreisen hierüber eine andere Meinung gebildet zu haben.

Von den Mitgliedern der Schiedsgerichte wird hervor gehoben, daß sie mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung des Einzelfalles nach den Verhältnissen des allgemeinen Arbeitsmarktes beitragen. Immer aber nicht!

Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gemachten Rekurse betrug im Jahre 1903 15 625 (gegen 14 107 im Jahre 1902 und 12 419 im Jahre 1901). Dies bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme um 10,76 pzt., welche Steigerung ohne Zweifel nicht auf die Steigerung der Versicherten allein, sondern zum Teil auch auf die Rechtsprechung der Schiedsgerichte zurückgeführt werden muß.

Von den eingegangenen Rekursen waren im Berichtsjahre 76 pzt. (1902 76,9 pzt.) auf Grund der Gewerbeunfallversicherungsgesetze; 24 pzt. (1902 23,7 pzt.) auf Grund der Unfallversicherungsgesetze für Land- und Forstwirtschaft eingelegt. In 867 (1902 930) Fällen ist Rekurs von beiden Seiten gegen ein und dasselbe Schiedsgerichts-urteil eingelegt worden. Die Rekurshäufigkeit betrug bei den Versicherten 22,21 vom Hundert, bei den Berufsgenossenschaften 7,11 vom Hundert. Im Vergleich zum Vorjahre ist sowohl seitens der Versicherten wie der Berufsgenossenschaften die Rekurshäufigkeit etwas geringer; 1902 betrug sie bei den Versicherten 22,81, bei den Berufsgenossenschaften 8,11 vom Hundert.

Am Schluß des Jahres 1902 waren unerledigt 5895 Rekurse, neu eingelegt wurden von den Versicherten 11 888, von den Berufsgenossenschaften usw. 6727 Rekurse. Von

Schluss des Jahres 1903 waren noch 5843 Rekluse der Versicherten und 1619 Rekluse der Berufsgenossenschaften zu erledigen. Durch Urteil wurden 9608 Rekluse der Versicherten und 8277 Rekluse der Berufsgenossenschaften erledigt und zwar von den Reklusen der Versicherten 7323 (77,1 pZt.) durch Festsetzung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils und 2180 (22,9 pZt.) durch völlige oder teilweise Abänderung desselben. Von den Reklusen der Berufsgenossenschaften sind 1556 (487,5 pZt.) durch Festsetzung und 1721 (62,5 pZt.) durch völlige oder teilweise Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils erledigt worden. Im allgemeinen lag den durch Urteil erledigten Reklusen in fast der Hälfte (5619) der Fälle zu Grunde, ob der § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes oder die entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze anwendbar waren, in 1430 Fällen wurde der Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit von den Berufsgenossenschaften bestritten, in 814 Fällen wurde bestritten, daß ein Betriebsunfall überhaupt vorliege, in 814 Fällen, ob ein Unfall überhaupt erwiesen sei, in 2762 Fällen war der Grad der Erwerbsunfähigkeit der strittige Punkt.

Eine erhebliche Steigerung der Erfolgsziffer ist bei den Reklusen der Berufsgenossenschaften eingetreten, während die Versicherten wie gewöhnlich wieder schlecht abgeschnitten haben. Auffallend ist die hohe Zahl der unerledigt gebliebenen Rekluse. Von den Reklusen der Versicherten mußten 5843, von denjenigen der Berufsgenossenschaften 1619 ins neue Jahr herübergenommen werden, außerdem sind noch 191 Rekluse aus dem Jahre 1902 vorhanden.

Auch wenn die im letzten Viertel des Jahres 1903 eingelaufenen 4211 Rekluse der Versicherten und Berufsgenossenschaften abgerechnet werden, bleibt noch eine solche hohe Ziffer unerledigter Fälle, daß, den Arbeitseifer des Reichsversicherungsamts in allen Ehren, doch gesagt werden muß, so darf es nicht weitergehen, es ist höchste Zeit, daß die unabweisbar bestehende Belastung des Amtes behoben wird.

Bei der Invalidenversicherung ist zunächst zu bemerken, daß jetzt vier Jahre seit Geltung der Novelle verlossen sind und daß sich die neuen Rechtsätze fast vollständig eingelebt haben.

Das Reichsversicherungsamt ist wieder in zahlreichen Fällen angerufen worden, um über die Entscheidung der Frage des Versicherungsverhältnisses nach § 155 des Invalidenversicherungsgesetzes Urteile zu fällen. Auch die Unterscheidung zwischen „Unternehmer und Arbeiter“ war wieder in vielen Fällen Gegenstand der Anrufung des Amtes. Hierbei handelte es sich unter anderem um Steinschläger, Müller, Mühlburschler, Messerreider, Schleifer, Wicker, Zeitungsaussträgerinnen usw., ferner um die Unterscheidung zwischen Hausgeherbe treibenden und Heimarbeitern, auch für Reisende, Oberschweizer, Regierungsboten usw. kam die Spruchbefugnis in Betracht.

Im Gegensatz zu einer Entscheidung des königlich-preussischen Oberverwaltungsgerichts sprach sich das Reichsversicherungsamt wiederholt dahin aus, daß kein Grund vorliege, von der bisherigen Rechtsprechung, wonach ein Arbeitsverhältnis zwischen Ehegatten im Bereich der Invalidenversicherung ausgeschlossen ist, abzugehen. Die Zahl der Gesuche in Beitragserrstattungen hat im Berichtsjahr wiederum eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren, sie stieg von 1279 im Jahre 1902 auf 1557 im Jahre 1903. Durch förmlichen Bescheid oder Zurücknahme wurden 1327 (87,9 pZt.) erledigt, im Vorjahre 1076, während 182 (12,1 pZt.) unerledigt blieben. Von den gemäß § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes (Beitragserrstattung bei Sozial) eingereichten Gesuchen wurde 79 stattgegeben und 450 zurückgewiesen; gemäß § 43 (durch Unfall dauernd Erwerbsunfähigkeit) wurde 21 Anträgen stattgegeben und 113 zurückgewiesen; gemäß § 44 (Tod, bevor die eine Rente bewilligende Entscheidung zugestimmt ist) wurde 60 Anträgen stattgegeben und 549 zurückgewiesen.

Danach waren 83,5 pZt. der auf § 42, 83,1 pZt. der auf § 43 und 89,1 pZt. der auf § 44 des Invalidenversicherungsgesetzes gestützten und mit dem Rechtsmittel der Beschwerde verfolgten Ansprüche als unbegründet oder verspätet eingereicht, zurückgewiesen.

Von seiten der Versicherten sind im Berichtsjahr aus Anlaß der Ablehnung oder Ausübung des Heilverfahrens gemäß § 18 ff des Invalidenversicherungsgesetzes wieder zahlreiche Beschwerden an das Reichsversicherungsamt gerichtet worden. Da dasselbe jedoch keinen Einfluß auf die in dieser Sache selbständigen Versicherungsanstalten hat, konnte eine sachliche Prüfung, ob und in welcher Art eine Heilbehandlung der Versicherten von seiten der Versicherungsanstalten zu übernehmen sei, nicht vorgenommen werden.

Von verschiedenen Versicherungsanstalten wurden durch Vermittlung des Reichsversicherungsamts Anträge an den Bundesrat gestellt, welche auf § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes Anwendung haben. Dieselben bezogen sich auf eine Erhöhung der im § 18 Absatz 4 des Gesetzes vorgesehenen Angehörigenunterstützung oder auf Zahlung derselben auch für Sonn- und Feiertage und haben diese Anträge, soweit sie bis jetzt an den Bundesrat gelangten, dessen Genehmigung gefunden.

Die geringe Neigung der Versicherungsanstalten zur Errichtung eigener Invalidenhäuser bestand auch im Berichtsjahr; von keiner Seite ist der Bau solcher in Angriff genommen worden.

Der Grund hierfür liegt augenscheinlich darin, daß die durch den Aufenthalt eines Pfleglings in einem Invalidenhaus entstehenden Kosten den Betrag der zu zahlenden Rente übersteigen. Bei dem ungeheuren Vermögen der Versicherungsanstalten sollte ein solcher Grund, der doch den Vermitteln der Armen zu gute kommt, nicht ins Gewicht fallen. Wenn, wie im verfloffenen Jahre, wieder A 10 136 630 von seiten der Versicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke angelegt werden könnten, sollte man auch das Opfer nicht scheuen und für eigene Invalidenhäuser etwas übrig haben. Zunächst ist, wie gesagt, behauerlicherweise daran nicht zu denken, man begnügt sich von seiten der Versicherungsanstalten damit, die Invalidenrentenempfänger in bereits bestehende Anstalten oder Stiftungen unterzubringen und läßt sich sogar vielfach noch einen

Zuschuß von den Ortsgemeinden und Armenverbänden zu sichern.

In umfangreicher Weise behandelt der Bericht die Spruchstätigkeit. Die Verfügungen und Revisionen haben wieder erheblich zugenommen. Insgesamt wurden in Invalidenversicherungssachen an anhängig gemachten Verfügungen im Jahre 1903 gezählt: 28 826, gegen 22 002 im Vorjahre (ausschließlich der Verfügungen gegen Beitragserrstattungsbescheide), so daß eine Zunahme um 7,8 pZt. zu verzeichnen ist. Die anhängig gewordenen Revisionen haben gleichfalls eine Steigerung um 5,88 pZt. erfahren. Anhängig wurden 4126, die Revisionen der Versicherten haben um 6,71 pZt. zugenommen, die der Versicherungsanstalten um 5,30 pZt. abgenommen. Wie schon im vorjährigen, so wird auch im vorliegenden Bericht die starke Inanspruchnahme darauf zurückgeführt, daß in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten östlichen Provinzen für Winkelsolventen usw. ein guter Boden sei, fast die Hälfte (nämlich 2024 von 4126) aller im Berichtsjahre eingegangenen Revisionen entfällt auf die Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen.

Von den anhängig gewordenen Verfügungen betrafen 96,7 pZt. Invalidenrentensachen und 3,8 pZt. Altersrentensachen.

Die Geschäftigkeit der Verfügungen, berechnet auf 100 besetzungsfähige Bescheide, betrug in Invalidenrentensachen 1903 11,5 pZt., 1902 11,4 pZt.; sie ist in Invalidenrentensachen höher als in Altersrentensachen.

Von den Verfügungen waren nur 2587 = 10,9 pZt. erfolgreich, die Erfolgsziffer hat in den letzten Jahren stetig abgenommen; Ursachen hierfür werden keine angeführt. 12 525 Verfügungen = 81,2 pZt. wurden aus sachlichen Gründen zurückgewiesen. Bei den Revisionen ist das gleiche der Fall. In 81,91 pZt. der Revisionen der Versicherten wurde lediglich das schiedsgerichtliche Urteil bestätigt, und in 16,42 pZt. der Fälle erfolgte eine Zurückweisung der Sache an das Schiedsgericht.

Geradezu auffallend ist die Zunahme der Erfolgsziffer bei den Revisionen der Versicherungsanstalten. In 20,81 pZt. der Fälle wurde eine völlige oder teilweise Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils erreicht und in 46,65 pZt. erfolgte eine Zurückweisung der Sache an eine Vorinstanz.

In Invalidenrentensachen war am häufigsten Streitig, ob bereits Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder wieder behoben war (41,8 pZt. der Fälle), in 16,53 pZt. der Fälle war die Erfüllung der Wartezeit der strittige Punkt. In Altersrenten war in 80,6 pZt. der Fälle Streitig, ob die Wartezeit erfüllt ist; in 10,86 pZt. der Fälle, ob der Rentenbewerber zu den Versicherten gehört. Vielfach wird beobachtet, daß die Versicherten auf ihre Quittungsarten und Aufrechnungsbescheinigungen wenig acht geben, und es kann nicht oft genug betont werden, diese sorgfältig aufzubewahren.

Erfahrungen seitens der Schiedsgerichtsvorständen im Invalidenversicherungsrecht werden nicht mitgeteilt, überhaupt bietet der Bericht außer dem bereits Angeführten für die Arbeiter wenig Bemerkenswertes.

### Die Christen „vermehrung“.

Von all den neueren und neuesten Organisationsgründungen ist keine mit solch ausgesprochener Tendenz, die Arbeiter zu zersplittern, ins Werk gesetzt worden, wie die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Mag man die kirchlich-Dunkelstlichen Bestrebungen beurteilen, jedenfalls läßt es sich nicht abstreiten, daß die Gründer dieser Bewegung das Wohl der Arbeiter dabei im Auge hatten. Daß dies auf einer völlig falschen Grundlage geschah und noch geschieht, ist eine Sache für sich und soll hier nicht erörtert werden. Und was die kleineren oder größeren Lokalorganisationen anbetrifft, so ist deren Entstehen zumeist dem Großmachtstüßel einiger Querkulanten zuzuschreiben, denen die Größe des Betrags, den sie durch ihre Sonderbestrebungen an der Arbeiterklasse begingen, vielleicht gar nicht mal voll zum Bewußtsein kam.

Dieses alles kann man von den Gründern der christlichen Gewerkschaften nicht sagen. Von jeher hat der Ultramontanismus, welcher bei dieser „Gründung“ unzweifelhaft als treibende Kraft anzusehen ist, seine Zeiten verstanden. Und er verstand sie auch jetzt. Er sah, wie sich die Arbeiter in den freien Gewerkschaften zusammenschlossen, um gemeinschaftlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und hiermit Hand in Hand diejenige wirtschaftliche und politische Schulung zu erwerben, die erforderlich ist, um ihre Interessen selbständig im öffentlichen Leben zu vertreten.

Daß diese Bestrebungen dem reaktionären Merkantilismus, der bis dahin die Arbeiter in jeder Hinsicht am Gängelbände gefesselt hatte, ein Dorn im Auge waren, braucht wohl nicht erst erläutert zu werden. Ist doch jeder aufgeklärte Arbeiter ein weiterer Stein zur Totengruft der merkantilen Herrschaft und Bewusstseinsnachtung. Diese Gefahr mußte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewandt werden. Daß man in der Wahl dieser Mittel durchaus nicht skrupellos war, zeigt die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Gift mußte mit Gift vertrieben werden. Die Arbeiter mußten getrennt werden, damit sie sich gegenseitig zerfleischten. Mit systematischer Berechnung schob man das religiöse Moment in die rein wirtschaftliche Bewegung.

Daß die auf solche Weise zu Stande gekommene Sonderorganisation mit allen Mitteln unterstützt und stark gemacht werden mußte, versteht sich von selbst; denn nur durch eine starke christliche Bewegung konnte die gefährliche freie Bewegung erfolgreich bekämpft werden. Im Wirteln hierzu fehlte es ebenfalls nicht. Neben skrupelloser Anwendung eines brutalen Gewissenszwanges wurden auch in materieller Beziehung keine Mühen und Kosten gescheut. Zeugnis hiervon legt die Gründung der „Hochschule“ in M.-Glabbeach ab.

Hier werden die Agitatoren herangebildet, welche sich nach beendetem „Lehrzeit“ über das ganze Land zerstreuen und die Herrschaft von Kirche und Kapital wieder zu befestigen trachten. War den Zersplitterungsbestrebungen durch solche Unterstützung schon ein Erfolg gegeben, so traten noch mehrere Momente hinzu, um ein Anwachsen der christlichen Bewegung erklärlich und natürlich erscheinen zu lassen. Dies sind zunächst die sogenannten „Erfolge“.

Bezeichnenderweise erstreckt sich das Ausbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften nur auf die sozial und geistig rückständigsten Gegenden unseres lieben Vaterlandes. In ganz Rheinland und Westfalen, der Hauptdomäne der christlichen Gewerkschaften, ist mit einzelnen Ausnahmen noch eine übermäßig lange Arbeitszeit bei verhältnismäßig niedrigen Löhnen

gang und gäbe. Im ganzen Ruhrrevier, sogar in den größeren Städten, herrscht bis vor kurzem noch eine elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit. Wenn da die christlichen Gewerkschaften herkommen und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben suchen, kann man sich denken, daß dieselben auf keinen großen Widerstand stoßen.

Schon der Druck der außerhalb und manchmal in nächster Nähe mit Hilfe der freien Gewerkschaften seit langem geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bewirkt es, daß den christlichen Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde sozusagen auf dem Präsentierteller entgegengebracht wird. Rechnet man die soziale Einsicht mancher Arbeitgeber, daß eine übermäßig lange Arbeitszeit auch für sie kein Vorteil bedeutet, sowie die schon verstrichene Arbeitszeit in einem verwandten Gewerbe als mitwirkende Faktoren hinzu, so ist der „Erfolg“ ohne besondere Anstrengung fertig. Es erhebt sich nur noch, daß ein „Kraftstärker“ das heißt verklausulierter lauschaufartiger Tarifvertrag allerbevorzugt erbeten, oder mit Hilfe der geistlichen Protektoren erkämpft wird. Geht die Gewichte indessen wider Erwarten dennoch schief, dann schiebt man entweder den „Moten“ die Schuld zu, oder wenn dies nicht angängig, wird den Mitgliedern plausibel gemacht, daß man sich in echt christlicher Weise mit dem Erreichten oder Unerreichten zufriedengeben müsse. Auch der Unternehmer habe ein Anrecht auf den Himmel.

Ein weiterer Grund der Zunahme der christlichen Gewerkschaften ist, wie schon erwähnt, der geistliche Tiefstand der Arbeiter im christlichen Operationsgebiete. In vollständiger Gleichgültigkeit gegen alle äußeren Ereignisse leben und arbeiten sie in den Tag hinein. Ihre Interessen sind geteilt zwischen Kirche und Wirtshaus. Soweit ihnen die freien Gewerkschaften und deren Bestrebungen bekannt sind, können sie sich denselben doch nicht anschließen, weil sie sonst Gefahr laufen, in religiöser und wirtschaftlicher Hinsicht gemahregelt zu werden. In diese vollständig von Kirche und Unternehmertum beherrschte Sphäre tritt nun die christliche Gewerkschaftsbewegung ein und verspricht dem Arbeiter eine Besserung seiner Lebenslage, falls er sich der Bewegung anschließen würde.

Was wunder, wenn die Arbeiter hierauf hinhinfielen und in hellen Scharen ihren Beitritt erklärten, zumal die Kirche ihren Segen dazu gab. Sie wußte ja, daß die dramatischeren Arbeitererlöser doch nur Schafe in Wolfskleidern waren. Bei all diesen günstigen Vorbedingungen für eine Entwicklung der christlichen Gewerkschaften tritt noch der gewichtige Umstand, daß denselben alle Lokale zu einer skrupellosen Agitation zur Verfügung standen, während der Wirt, der es wagt, den „Moten“ sein Lokal zu überlassen, vor dem sicheren Ruin stand. Das bisher Gesagte gilt hauptsächlich für „ihre Gebiete“. Wir haben aber gesehen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch in Städten mit ausgesprochen aufklärter und demzufolge frei organisierter Arbeiterschaft Fuß gefaßt resp. sogenannte Fortschritte gemacht hat. Doch darum noch weitere Worte zu verlieren, verlohnt sich nicht der Mühe.

Die christlichen Zählstellen oder Ortsgruppen, die in solchen Städten gebildet sind und noch werden, sind nur eine Spielart christlicher Gründungen. Da sind einige fanatische Mitglieder des katholischen Gesellenvereins oder Arbeitervereins, die sich zusammenschließen, und innerhalb des genannten Vereins eine christliche Zählstelle gründen. Sie erhalten dann neben dem „Kampfbogenblatt“ oder „Arbeiterfreund“ noch den „Deutschen Holzarbeiter“ und im übrigen lassen sie Gottes Wasser über Gottes Land fließen.

Aus all diesem geht wohl zur Genüge hervor, daß diejenigen, die bei der Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung dieser ein kurzes Dasein prophezeiten, nicht so ganz Recht behalten haben. Dies beweist nun aber noch lange nicht, daß der christliche Lebenslauf so übermäßig lang sein wird. Allerdings einige Jahre wird es noch währen, bis die Christlichen „ihre Gebiete“ abgegrast haben, bis sie soweit sind, wie bei den Vergleuten im Ruhrkohlenrevier. Sind die rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen erst mal etwas aufgebessert und die durch das bisherige bereitwillige Nachgeben der Unternehmer „begehrlich“ gewordenen Arbeiter verlangen noch mehr, müssen selbstverständlich die Kämpfe erbitterter und — kostspieliger werden. Kämpfe aber, wie die deutschen Gewerkschaften sie führen, können die Christlichen nicht führen, dazu reicht das materielle Vermögen und auch das moralische ihrer geistlichen und weltlichen Protektoren nicht.

Mitter.

### Agitation im 2. Gau.

Meine Tour im Gau führte mich zuerst nach Posen. Die Versammlung war nach Meinung des Vorsitzenden nicht schlecht besucht. Ich muß gestehen, daß allerdings diese 140 Personen, welche da waren, nicht viel bedeuten wollen im Vergleich zu den organisierten und beschäftigten Kollegen. Die Agitation dort ist für die Verwaltungsbeamten nicht leicht; zunächst kommen die Doppelsprachigkeit und die sofortigen Heberfahrungen als ein die Agitation erschwerendes Moment in Betracht; auch mit den „Christen“ und Gewerksvereinen gibt es mancherlei zu schaffen. Auch scheinen die Meister an den Abmachungen vom letzten Streik mit aller Macht rütteln zu wollen. Doch kann man, alles in allem genommen, schon mit dem Aufschwung des Verbandes zufrieden sein.

Am 24. Oktober ging es nach P r i e g. Mir scheint, als ob dort etwas mehr Einigkeit untereinander not täte. Die Versammlung war mittelmäßig besucht; ich zählte 42 Kollegen. Wenn auch die Zahl der Organisierten bloß 52 beträgt, so sind doch so viel Berufskollegen am Ort, daß die Versammlung hätte besser besucht sein können.

Am anderen Tage war ich in R e i s s e, dem „schlechtesten Rom“. In P r i e g hatten mich die Kollegen mit dem freundlichen Rat entlassen: „Daß Dich nur in Reisse von den Christen nicht verhalten“. Kam also mit recht gemischten Gefühlen nach dort. Schon vor Beginn der angesetzten Versammlungsstunde war der Saal nebst den umliegenden Räumen so dicht gefüllt, daß es unmöglich war, noch mehr unterzubringen. Es waren ja nicht alle Holzarbeiter, die sich hier in den von einem Arbeiterfamilienreich angekauften Räumen zusammenfanden. Auch einige Christen waren da; wenn dieses die Mustereigenschaften von Reisse waren, dann hatte ein Genosse recht mit seinem Ausspruch: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ So gelacht haben wir lange nicht. Nur vorwärts so, Ihr Pioniere der Arbeit, auch dieses „Rom“ wird unfer.

Andern Tags in Schwaidnich. Ein schauerbares Wetter, und ein dreiviertelstündiger Weg...

Das schlechte Wetter hatte auch in dem Uhrenstädtchen Freiburg den schlechten Versammlungsbesuch verschuldet. Von 400 Holzarbeitern waren bloß 60 anwesend.

Die Versammlung in Wittwasser war nicht besonders besucht. Indifferente waren gar nicht anwesend.

In Hirschberg mußte die Versammlung ausfallen, weil kein Lokal vorhanden, oder richtiger noch kein Konsens erteilt war.

Am 31. Oktober war ich in Langenöls, die meisten der 800 Mitglieder arbeiten in der weltbekanntesten Ausziehmaschinenfabrik von Aufhäuser & Schmidt.

Anderen Tages in Görlitz. Was mir zunächst angenehm auffiel, ist hier die Neutralität der Polizei; keine Ueberwachung, und überall sind Lokale zu haben.

In Bunzlau war die Versammlung von 28 Personen besucht; der schwache Besuch erklärt sich daraus, daß am gleichen Abend eine Wahlvereinsversammlung stattfand.

In Liegnitz war die Versammlung von 150 Personen besucht. Die Organisation ist keine gute, speziell unter den Musikinstrumentenarbeitern.

Am schlechtesten besucht von allen Versammlungen war die in Glogau; von 200 beschäftigten Holzarbeitern waren ganze 20 anwesend.

Am Sonntag Vormittag war in Breslau eine außerordentliche Versammlung einberufen; 450 Personen hatten sich bis zum Schluß versammelt.

In Jauer, der Wagenbaustadt, waren 30 Personen anwesend. Stündliche Arbeitszeit, viel Ueberstunden, wenig Lohn und obendrein noch schlechte Behandlung.

Zum Schluß will ich bemerken, daß mir das gleiche wie dem Kollegen Reith im Hamburger Gau auffiel, daß nämlich mit wenig Ausnahmen nirgends eine Diskussion stattfand.

Um manche Erfahrung reicher bin ich wieder nach Hause gekommen, und wenn ich Vergleiche ziehe, so kann ich ruhig behaupten, daß es im zweiten Gau doch schon besser liegt als im ersten.

Beide Gauen, der erste und der zweite, gelten als die am weitesten zurückgebliebenen; mögen nun auch diese beiden Touren dazu beitragen, daß die Organisation sich immer mehr ausdehne und ausbreite.

Louis Güth, Danzig.

Rundschau.

Fabrik und Handwerk. Seit Bestehen des Handwerkergesetzes ist Unzufriedenheit darüber unter den Handwerkern, daß die großen Betriebe, soweit sie gelernte Arbeiter beschäftigen...

Fabrikanten Beiträge für die Innung bekommen. Vielleicht ist Friede in Innungskreisen, wenn dieser Vorschlag der Handelskammer Hannovers demaleinst Gnade vor den Augen des Herrn Ministers Müller findet.

Gegen das Arbeitersekretariat in Saarbrücken macht die Polizei jetzt mobil. Der Sekretär erhielt vor einiger Zeit von der Polizeidirektion Saarbrücken folgende Zuschrift:

Nachdem in letzter Zeit mehrfach durch Sie fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden todrzunehmende Geschäfte besorgt sind, weise ich darauf hin, daß, soweit dies gewerbmäßig geschieht, d. h. Sie persönlich solche Aufträge übernehmen und bezahlung dafür erhalten, die auf Grund des § 88 Absatz 4 der Gewerbeordnung...

Das Arbeitersekretariat erwiderte darauf, daß es von den bei ihm nachsuchenden keinerlei Gebühren erhebe und deshalb kein Gewerbebetrieb sei. Die Polizei will das jedoch offenbar nicht glauben.

Es wiederholt sich hier das alte Spiel, das wir seinerzeit schon in Weuthen in Oberschlesien erlebt haben. Trotz der ausdrücklichen Erklärung des Ministers Grafen v. Posadowski im Reichstage bei Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900, daß diese in ihren einschränkenden Bestimmungen auf Arbeitersekretariate keine Anwendung finde...

Arbeitszeit und Alkoholmißbrauch. In einem Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage führte kürzlich der Münchener Professor D. M. Haushofer u. a. aus: Die schädliche Wirkung des Alkohols sei auch bereits in den unteren Schichten der Arbeiter erkannt worden, und man habe ihn deshalb nicht mit Unrecht als schlimmsten Lohnbrüder bezeichnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachbenannten Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Dezember d. J. den angegebenen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Eilenburg 10 M pro Woche, Regesaf 6 M pro Woche, Helmstedt 10 M pro Monat.

Auf unsere Bekanntmachung in voriger Nummer, betreffend die Wahl eines besoldeten Gauvorstehers für den neugebildeten Gau Stettin, sowie eines zweiten Beamten für den Gau Elberfeld, machen wir hierdurch nochmals aufmerksam und ersuchen, Bewerbungen bis spätestens 12. Dezember an uns einzureichen.

Nachdem auch von den Gauvorständen in Dresden und Nürnberg beantragt worden, die Anstellung besoldeter Gauvorsteher vorzunehmen, und der Vorstand sich genötigt gesehen, die hierfür vorgebrachten Gründe anzuerkennen, hat derselbe zur Durchführung dieser Anträge die seitherige Einteilung der Gauen einer Revision unterzogen und eine Aenderung in der Richtung beschlossen, daß zur Vergrößerung des Dresdener Ganes der seitherige Gau Leipzig aufgeteilt und die demselben angehörigen Zahlstellen den benachbarten Gauen angegliedert wurden.

In Anerkennung der Vorteile, welche sowohl den allgemeinen Verbandsinteressen als auch den Interessen der Mitglieder, insbesondere auf dem Gebiete der Lohnbewegung, aus der Anstellung besoldeter Gauvorsteher erwachsen, hat der Vorstand diese Anstellung nunmehr auch in den letzten drei Gauen, nämlich Dresden, Nürnberg und München, beschlossen. Durch

Wahl von Vorstand und Ausschuss sind die seitherigen Gauvorsteher Otto Gerligke in Dresden, Lorenz Stein in Nürnberg und Anton Reith in München mit Wirkung vom 1. Januar 1905 als besoldete Gauvorsteher gewählt worden.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht veräumt.

Unsere Verbandsplakate sind ausgegangen, weshalb Bestellungen auf dieselben bis zu der Ende Dezember zu erwartenden Fertigstellung der neuen Ausgabe zurückgestellt werden müssen.

Der Vorstand des Schwedischen Holzarbeiterverbandes hat nunmehr auf unser Angebot, einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen, geantwortet, daß er dazu vorläufig nicht in der Lage sei, weil das jetzige Verbandsstatut eine Reiseunterstützung, sowohl an die eigenen als an ausländische Mitglieder, überhaupt nicht vorgesehen habe.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 9823 Albert Voigt, Tischler, geb. 11. 4. 62 zu Pensa.
9554 Andreas Sonnenberger, Tischler, geb. 30. 11. 54 zu Tolkmitz.
17549 Ernst Gottlieb, Tischler, geb. 9. 8. 88 zu Szegedin.
17906 Richard Gebigl, Tischler, geb. 29. 1. 84 zu Berlin.
19917 Johann Groß, Tischler, geb. 22. 2. 69 zu Gr. Dabrow.
41287 Fritz Brüggenmann, Tischler, geb. 13. 5. 61 zu Grieben.
68016 Karl Schütz, Tischler, geb. 31. 8. 58 zu Worms.
69684 Johann Rosenkranz, Tischler, geb. 20. 2. 45 zu Wittenbeck.
99281 Peter Christensen, Tischler, geb. 19. 2. 78 zu Sösten.
103460 Wilhelm Schlichting, Tischler, geb. 28. 10. 65 zu Straßburg.
112852 Josef Biemeyer, Wärfenmacher, geb. 25. 5. 69 zu Altpfaff.
117209 Friedrich Kolkub, Schreiner, geb. 25. 2. 60 zu Herzmalb.
127076 Wendel Stockmann, Schreiner, geb. 19. 4. 66 zu Speyer.
138575 Karl Wildt, Tischler, geb. 2. 5. 85 zu Wenz.
142288 Julius Reimann, Stellmacher, geb. 4. 2. 52 zu Congolewo Gouland.
149865 Paul Garfenmeister, Tischler, geb. 8. 8. 85 zu Hohen-Carzig.
180664 Paul Mandelkorn, Tischler, geb. 3. 12. 81 zu Straßburg.
196327 Heinrich Peter, Stellmacher, geb. 24. 12. 48 zu Grunau.
202398 Georg Fischer, Kammacher, geb. 4. 7. 76 zu Oberramstadt.

Stuttgart, den 2. Dezember 1904.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Karl Reuter, Schreiner, geb. 30. 8. 61 zu Meichenbach, gest. 14. 11. 04 zu Neu-Jenaburg.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Freiburg i. Baden. Hier bei uns machen sich die Christlichen durch große Worte bemerkbar. Die Agitationsarbeit für ihren Verband soll vorgeblich von uns besorgt worden sein. Wäre solches richtig, dann könnte es doch nur als Beweis gelten, daß sie selbst die Arbeit unterlassen hätten.

**Nutzen Terrorismus des „Roten“.** So lesen wir von Freiburg, daß die Zahlstelle des Christlichen Verbandes auf 100 Mitglieder bestanden sei. Wenn nun richtig ist, daß dieser Mitgliederbestand unserer Agitation zu verdanken wäre, dann hätten die Christlichen doch nicht die geringste Veranlassung, über die roten Freiheitskämpfer zu räsonnieren, sondern sie sollten vielmehr dankend quittieren, daß wir ihnen zu einem solchen Mitgliederbestand verholfen haben, den sie ohne uns nicht erhalten hätten. Ganz unverständlich aber muß die Aeußerung des „Christlichen Holzarbeiters“ bleiben betreffs des „Beiseite schieben“ oder „des selbständigen Vorgehens“. Von einem Versuch unferseits, die christliche Organisation beiseite zu schieben, kann nicht die Rede sein, weil ein solcher niemals unternommen wurde, und das selbständige Vorgehen ihrerseits wohl ja wohl nicht ernstgenommen werden. Also auch hier wird es heißen müssen: „Etwas weniger räsoniert und mehr geschafft.“

**Hamburg.** Die am 11. September stattgehabte Konferenz der Holzdrechsler des Berliner Gaus hat, wie in vielen anderen Bezirken, auch die Hamburger Kollegen auf die Beine gebracht und sie einmal kräftig ausgerüttelt. Es war in der Tat auch die höchste Zeit, daß die gemüthlichen Hamburger Holzdrechsler endlich einmal ihren Winterschlaf, der nun schon jahrelang, Winter und Sommer, in einer Tour fortbestanden hat, beenden, um sich einmal von der lebenspendenden Sonne „Arbeiterbewegung“ beschämen und durchwärmen zu lassen. Was den hier agitatorisch tätigen Kollegen trotz größter Mühe und Arbeit nicht gelingen wollte, das haben die elektrischen Strahlen der Berliner Konferenz zu unserer Freude zuwege gebracht. Am Sonnabend, den 8. Dezember, fand nun eine Versammlung der Sektion der Drechsler statt, die über alle Erwartungen gut besucht war. Kollege Neumann referierte in eingehender Weise über die Lage der Holzdrechsler und wies an der Hand statistischer Angaben nach, daß die Lage der Drechsler in der ganzen Holzbranche so ziemlich die schlechteste sei. Der Durchschnittslohn in der Tischlerbranche betrage nach den statistischen Angaben 22,50 wöchentlich, bei der Drechslerbranche dagegen nur 19,31. Damit seien die Drechsler mit ihrem Einkommen an die ärmste Stelle gerückt. Die Diskussion vervollständigte die Ausführungen des Kollegen Neumann in bezug auf die Hamburger Verhältnisse noch wesentlich. Es stellte sich heraus, daß es hier Drechslermeister gibt, die sich nicht genieren, ihren Gesellen — und keineswegs etwa jungen Leuten — einen Wochenlohn von 20 anzubieten, und dies mit der auswärtigen Konkurrenz begründen. Mit dieser Konkurrenz verhält es sich ungefahr so, wie mit dem lieben Herrgott: wofür man keine moralischen Gründe anführen kann, das schiebt man einfach dem lieben Herrgott in die Schuhe. Wenn nun auch eine Konkurrenz der Arbeitgeber der kleinen Orte nicht geeignet sein kann, so muß doch aber kein entscheidendes bestritten werden, daß dieselbe so bedeutend ist, daß sie geeignet wäre, einen so großen Einfluß auf die Produktion in den Großstädten auszuüben, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage wären, ihren Arbeitern einen anständigen, den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu zahlen. Uns will scheinen, daß in den meisten Fällen mit der auswärtigen starken Konkurrenz ziemlich stark gestunken wird. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Herren Arbeitgeber in den kleineren Orten die niedrigen Löhne, die sie ihren Arbeitern zahlen, mit der Konkurrenz der Großstädte begründen und zu rechtfertigen suchen. Hiermit ist unseren Kollegen in den kleineren Orten eine gute Waffe bei Lohnforderungen gegeben, indem sie ihre Arbeitgeber, wenn diese die Lohnforderung der Streikenden unter dem Vorwand der großstädtischen Konkurrenz ablehnen, mit der Nase darauf stoßen können, daß gerade sie von ihren eigenen großstädtischen Kollegen der Schmutzkonzurrenz bezichtigt werden, und diese Schmutzkonzurrenz zum Teil auf die niedrigen Arbeitslöhne zurückgeführt werden. Das wird allerdings die Herren nicht abhalten, nun ihrerseits wieder thätig auf ihre Kollegen in den Großstädten zu schimpfen. Das kann uns aber gleichgültig sein. Unsere Aufgabe ist, höhere Löhne zu erringen und uns eine höhere Lebenshaltung zu verschaffen. Wo dann wirklich eine Schmutzkonzurrenz vorhanden ist, wird dieselbe durch die Steigerung der Löhne von selbst verschwinden. In seinem Schlußwort zerstückte Kollege Neumann denn auch mit logischer Schärfe alle die nichtsagenden Einwendungen, welche seitens der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber im Interesse der Erhaltung der niedrigen Arbeitslöhne gemacht werden. Die Diskussion ergab ferner, daß die Kollegen durchdrungen sind von dem festen Willen, ihre materielle Lage zu verbessern, und wurde der Sektionsführer beauftragt, die nötigen Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Öffentlich kommt endlich einmal etwas zu stande.

**Leubsdorf i. S.** Hier sprach am 27. November in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung Kollege Thielmannschemnitz über: „Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter“. Redner schilderte die ärmlichen Verhältnisse der Holzarbeiter und deren Bedürfnislosigkeit; die Schindjucht fordere viele Opfer unter Erwachsenen und Kindern. Die Ursache sei in der schlechten Ernährung und ungesunden Wohnung zu suchen. Auf die verschiedenen Branchen übergehend, bewies er, daß vor allem die Lage der Spielwarenarbeiter die traurigste sei, speziell bei den Geismarbeitern. In der Nüchengerätefabrikation seien die Verhältnisse zwar etwas besser, doch keineswegs genügend; deshalb sei es vor allen Dingen notwendig, daß sich die Arbeiter ihrer Organisation anschließen. Auch die ortsüblichen Verhältnisse wurden einer eingehenden Kritik unterzogen. In der Diskussion sprach Kollege Schmidt-Schemnitz im Sinne des Referenten. Im Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden auf, nicht mehr gleichgültig zu sein, das Gefagte zu beherzigen und danach zu handeln. Die Versammlung war von circa 120 Personen besucht; leider fehlten besonders die Arbeiter aus den Fabriken von Leubsdorf, die es vor allem am notwendigsten hätten, zu erscheinen.

**Ludenwalde.** Der Streik unserer Wäbelschler dauert nun schon 15 Wochen, und noch ist nicht abzusehen, wann er zu Ende sein wird. Die zweimal von uns angebotenen Verhandlungen scheiterten an dem Hochmut der Meister. Sie wiesen uns mit der Motivierung ab, daß sie nur zu Verhandlungen geneigt seien, wenn wir von unseren Forderungen etwas ablassen. Dies ist uns nicht möglich, da unsere Forderungen sehr minimale sind. Das erkennt selbst die „Fachszeitung“, das Organ des Arbeitgeberverbandes, an. Sie bringt einen Bericht von einem in Ödritsch zu stande gekommenen Vergleich

und bemerkt dazu in bezug auf unseren Streik wie folgt: „Ein weiteres Interesse hat der Punkt 4, nach welchem eine Lohnerhöhung von 10 pZl. von den Arbeitgebern gewährt wird, wogegen in Ludenwalde wegen derselben Forderung (Unsere Forderung lautet nur auf 5 pZl. pro Jahr. Der Schrift.) der Streik ausgebrochen ist. Zieht man in Betracht, daß auch Bremen, Dresden, Leipzig, Landsberg, Berlin und andere Orte der gegenwärtigen günstigen Konjunktur Rechnung getragen und die Löhne erhöht haben, so mügen sich aus dieser Gegenüberstellung die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes — von Ludenwalde — eine Vorstellung davon machen, wie es für den Zentralvorstand nicht immer ganz leicht ist, das Richtige zu finden.“ Das ist in Ludenwalde auch nicht nötig, denn die Tischlermeister haben ja einen gelehrten Gärtner, welcher die Versammlungen leitet und die Meister am Gängelbande führt. Der Herr weiß schon, was den Tischlergesellen zukommt; nach seiner Meinung muß die Hungergerte über ihnen geschwungen werden, bis sie den Meistern zu Füßen fallen. Nun, darauf wird er und die Meister lange warten können. Lieber werden alle 67 sich anderweitig Arbeit suchen oder abreisen und die Betriebe so lange sperren, bis es den Herren gefällt ist, in Verhandlungen einzutreten. Weiter schreibt die „Fachszeitung“: „Der selbe (der Vorstand des Arbeitgeberverbandes). Die Red. der „F.Z.“) muß vielmehr bei seiner Beurteilung über die Berechtigung oder Nichtberechtigung eines Streiks nicht nur die lokalen, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse unseres Gewerbes in Betracht ziehen und danach sein Gutachten abgeben, selbst auf die Gefahr hin, daß sich der einzelne verletzt fühlen sollte.“ Das heißt mit wenigen Worten: die Forderungen der Ludenwalder Tischlergesellen sind so niedrig, daß sie ohne weiteres bewilligt werden müssen. Wenn dies nicht geschah, muß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes das Risiko und seine Unterstützung vertragen, selbst auf die Gefahr hin, daß der einzelne sich verletzt fühlen sollte. — Kollegen Deutschlands, wir bitten Euch, angesichts dieses Anerkennnisses unserer Gegner den Zugut streng fernzuhalten, dann werden wir trotz der ablehnenden Haltung unserer Meister doch noch den Sieg davon tragen.

**Schilbesche.** In einer gut besuchten Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle wurde nach längerem Sehen einiger Kollegen ein erwähnenswerter Antrag erledigt, nämlich der einer Verschmelzung unserer Zahlstelle mit der Zahlstelle Vielesfeld. Nach dem Vortrage des Kollegen Schredt-Wiesefeld führte der Korreferent, Kollege Groenewald-Münster, an der Hand schlagender Beweise den anwesenden Kollegen in sachlicher Weise den Nutzen für den Deutschen Holzarbeiterverband bei Besteher der Zahlstelle Schilbesche vor Augen, sei es in Streiks oder sonstigen Angelegenheiten, die bei hiesigen Ortsverhältnissen mitwirken. Nach einer lebhaften Debatte wurde daher auch der Antrag von der Versammlung abgelehnt. Die Kollegen am Orte sind also nicht in der Meinung, wie der Kollege Schilbesche aus Dresden in Nr. 40 sie ihnen imputierte. Wenn Schilbesche in dieser Versammlung gewesen wäre, würde auch er anders urteilen, denn eine gemeinsame Aktion kann immer gemacht werden, auch bei Besteher beider Zahlstellen. Bei uns kommt die Verantwortlichkeit für den Gesamtverband ins erste Treffen, damit wir sämtliche indifferenten Kollegen in unsere Reihen bekommen.

**Sprendlingen. (Erklärung.)** Die am 7. Februar 1904 erschienene Nr. 6 der „Holzarbeiterzeitung“ brachte unter „Sprendlingen“ einen Artikel, in welchem die in der Möbelfabrik des Herrn Johann Georg Schmidt zu Sprendlingen, Kreis Offenbach, bestehenden Arbeitsverhältnisse besprochen worden waren. Nachdem ich herausgestellt hat, daß dieser Artikel auf durchaus unrichtiger Information beruht und die in demselben enthaltenen Angaben gänzlich unzutreffend waren, nehme ich die in dem Artikel gegen Herrn Schmidt erhobenen Vorwürfe hiermit zurück, indem ich zugleich bedauere, daß ich jenem Artikel Aufnahme gewährt habe.

Hamburg, den 6. Dezember 1904. (gez.) A. B. S. K.

**Waldbirchen b. Döbelen.** Herr Arthur E. Gültler in Waldbirchen (Drechsler) beghält seinen Drechsler so niedrige Akkordpreise, daß nur ein Wochenverdienst von 9 bis 10 herauszuschlagen ist, also tagtäglich sage und schreibe M. 1,50. Es kommen sogar Lohnstage vor, an denen die Drechsler das Krankengeld mitzubringen pflegen. Auch das Werkzeug läßt alles zu wünschen übrig. Es wird dort übermäßig lange gearbeitet, der Meister mit seinen Beurlingen bis Abends zehn und elf Uhr. Die ergebungsreichen Kollegen haben noch nicht einsehen gelernt, wie notwendig es ist, sich zu organisieren, um einen auskömmlichen Lebensunterhalt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wenn die Drechsler mit allem zufrieden sind, so kann man es dem Unternehmer nicht verdenken, wenn er schlechte Löhne zahlt. Die Schmutzkonzurrenz der Kleinmeister einzuschränken, müßte das erste Bestreben sein. Ist er nicht der reine Hohn, wenn man hört, daß diese Angstkräuter ihre Arbeit für denselben Preis anbieten, den ein besserer Meister als Arbeitslohn begehrt? Kollegen von Waldbirchen und Umgegend! Wann werdet Ihr endlich zu der Einsicht gelangen, daß Ihr vollständig machtlos seid, solange die Organisation nicht hinter Euch steht? Tretet ein in die Reihen derer, die mit Euch alles wagen, die Euch beweisen werden, daß das, was Ihr zu erringen für unmöglich haltet, doch zu erreichen ist. Was Ihr Euren Kräutern vorfragt, ist ja in fünf Minuten wieder vergessen; denn, was haben sie von dem einzelnen zu befürchten? Darum, Ihr Arbeiter, organisiert Euch, denn das ist der einzige Weg, Eure Lage zu verbessern. Das Unternehmertum lebt allein von dem Profit Eurer Arbeit; je mehr Ihr arbeitet, desto größer ist dieser Profit; je geringer der Lohn, desto mehr steigt das Einkommen derer, die Euch ausbeuten, ausnützen. Nicht der einzelne kann sich Vorteile erringen, wenn nicht alle Kollegen hinter ihm stehen und die gleichen Forderungen stellen; das einmütige Zusammengehen, die Verbindung und Verbrüderung aller Arbeiter also ist die Hauptache und ist das einfachste Mittel, unsere Lage einer Verbesserung entgegenzuführen. Also, Kollegen! beherzigt die Mahnung, einig und treu haltet zu Eurer Organisation.

**Weißensee.** In der außerordentlichen Generalversammlung welche am 1. Dezember stattfand, und sehr stark besucht war, wurde, nachdem der Bevollmächtigte Schlemminger und Gaurvorsteher Einsche den Bericht über den Stand der Ausübung gegeben hatten, einstimmig beschlossen, den Beitrag vom 1. Dezember ab von 60 J auf 1 J zu erhöhen. Der Streik der Billardqueumacher ist aufgehoben. Hier hat sich etwas abgespielt, was jedenfalls in der Arbeiterbewegung nur vereinzelt vorkommt. Der Grund zum Aufheben des Streiks war folgender: Die Kollegen hatten einen Vertreter

unter sich, welcher schon im Sommer die Vorbereitungen zum Streik, sowie alle Einzelheiten hierzu, den Unternehmern hinterbracht hatte. Auch während des gegenwärtigen Streiks hatten sich die Kollegen immer die Köpfe zerbrochen, wie jedes Wort, welches in den Sitzungen gesprochen und jeder Beschluß, der in bezug auf die Politik des Streiks gefaßt wurde, den Unternehmern sofort frühzeitig zugetragen wurde. Im Verlaufe stand, das muß hier gesagt werden, der Kollege Ernst Herpin, wohnhaft Berlin, Hochmeisterstr. 81. Der Kollege betreibt dort nebenbei ein Damenkonfektionsgeschäft und hatte seine Stundschafft nur in Arbeiterkreisen. Derselbe hatte es fertig gebracht, seine ganzen Kollegen zu verraten und noch für die Dauer des Streiks jede Woche 15 Unterstützung und 15 Mietszuschuß aus der Kassa zu beziehen. Na, die Arbeiter zuden ihm ein ehrentes Andenken bewahren. Nachdem der Verrat in der letzten Zeit ein bißchen zu deutlich wurde, hielten die Streitenden wieder eine Sitzung ab, in welcher der Bevollmächtigte berichtete, daß die Unternehmer nichts bewilligen wollten, und sechs Kollegen, darunter unsere allerbesten Verbandsmitglieder, überhaupt nicht wieder einstellen wollten. Die Kollegen beschloßen, zu diesen Bedingungen nicht wieder in die Betriebe hineinzugehen und sich andere Arbeit zu suchen. Es wurde vom Verrat und Betrug gesprochen, und nachdem der Kollege Herpin wieder ein noch als suchte, und Zeugen gegen seine Person herbeigeschafft wurden, welche ihn beobachtet hatten, gestand er nun selber ein, daß er während des Streiks 60 mal mit dem Buchhalter der Gebrüder Weiß in seiner Wohnung konferierte und frech sagte, daß er von jetzt ab aus dem Holzarbeiterverbande austrete, daß die Forderungen nie würden bewilligt werden und morgen wieder in den Betrieb hineinginge. Tableau. — In diesem Augenblicke hatten manchen von den Kollegen die Knochen vor Wut geklirrt, aber sie hielten sich zurück. Dies wäre vielleicht, wenn sich einer von den Kollegen vergewaltigt hätte, ein Urteil à la Köbbau herausgekommen. Der Kollege E. Herpin nahm frech Hut und Stod und verließ den Saal der Sitzung. Erwidert war das Ende des Streiks den Billardqueumachern damit. Geleert haben wir hier von sehr viel. Öffentlich kommt es nicht oft vor, daß bei 13 Kollegen ein Vertreter dabei ist, welcher seine Kollegen und den Verband auf solch schuftige Weise betrogen hat. Oder ist die Zahl — 13 — eine Unglückszahl? Na, Schaden wird uns der Fall Herpin nichts, eher haben wir hier von den Vorteilen insofern, daß die Gegner von uns sehen, daß für Denunzianten im Holzarbeiterverband keine bleibende Stätte ist. Zu bemerken ist, daß die Billardqueumacheranten zu erhöhten Preisen liefern, aber den Arbeitern keinen Pfennig mehr Lohn gönnen. Unsere Zahlstelle hat jetzt weit über 600 Mitglieder. Der Geist unter denselben ist vorzüglich, daher tut uns die allgemeine Aussperrung keinen Schaden. Der Tischlermeister Siefert, Heinersdorferweg, hat uns heilig versprochen, nicht wieder auszusperren, in folgedessen haben Montag, den 5. Dezember, seine Aussperrten und streikenden Gesellen die Arbeit wieder aufgenommen.

**Werden a. d. Ruhr.** In der letzten hier stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung behandelte Kollege Schmidt-Düsseldorf das Thema: „Am Kampfe ums Dasein“. Redner wies in seinem lehrreichen Vortrage darauf hin, daß das durch die fortwährende Entwicklung der Technik großgewordene Unternehmertum fortgesetzt bestrebt sei, das Kleinergewerbe immer abhängiger von ihm zu machen, und auch den Arbeiter möglichst auszubeuten. Dem Unternehmertum gegenüber stehe der Arbeiter schußlos da. Der einzige Besch des Arbeiters sei seine Arbeitskraft, eine Ware, welche er leider häufig sogar unter Preis nicht an den Mann zu bringen wisse. Die fortwährende Jagd nach Gewinn seitens des Unternehmertums führe einerseits zu einer ins Ungemessene sich steigenden Ueberproduktion, andererseits aber zu den periodisch wiederkehrenden Krisen mit der sie begleitenden Arbeitslosigkeit, wodurch dann wieder die Kaufkraft der großen Masse auf ein Minimum herabgedrückt wird. Gegen solch unbillige Zustände muß der Arbeiter entschiedenes Front machen, nicht nur in seinem eigenen, sondern auch im allgemeinen Kulturinteresse. Dies könne er nur in den Organisationen. Seien dieselben auch bei ihrer Gründung beschönigt und später unter Ausnahmegesehe gestellt worden, so müßten doch in heutiger Zeit die Machthaber mit den Organisationen rechnen. Bezüglich der christlichen Gewerkschaften betonte Redner, daß dieselben nur geschaffen seien, um die Arbeiter zu zersplittern. Wäre es den Gründern derselben nur darum zu tun gewesen, die „christlichen“ Arbeiter von dem „verderblichen“ Einfluß der freien Gewerkschaften fernzuhalten, so hätte es ja genügt, diese Arbeiter den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen zuzuführen, weil ja dort das be-rühmten Meberes wegen für die Sozialdemokraten kein Platz war. Redner erläuterte dann die „legensreichen Wirkungen“ der Invaliditäts- und Altersversicherung an einigen Beispielen aus dem praktischen Leben und bemerkte schließlich, daß es eines Arbeiters, der den Ernst seiner Lage erkannt habe, unwürdig sei, sich an die Nachschöpe der Unternehmer zu hängen, wie es leider noch vielfach geschehe. Ein freiheitsliebender Arbeiter gehöre nur in die freie Organisation. Herr Erbe, christlich organisiert, führt zum Beweise der Daseinsberechtigung christlicher Gewerkschaften die Ausführungen des Kardinals Fischer in einer Versammlung katholischer Vereine zu Köln an; dann verbrüdete er sich über angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften. Herr Würge, Vorsitzender der christlichen Holzarbeiter der Zahlstelle Werden, stimmte den Ausführungen des Referenten teilweise zu, stellte jedoch den Einfluß der Unternehmer und der Geistlichkeit auf die christlichen Gewerkschaften in Abrede und hob die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in Lohnfragen hervor. Herr Hoffmann, Hirsch-Dunderscher Nüchling, meinte, der Vortrag des Referenten sei nur eine Wahlrede gewesen. Er forderte von denselben nicht nur eine Kritik der bürgerlichen Mißstände, sondern auch Vorschläge zur Abstellung derselben. Selbst machte er indes keine solche Vorschläge. Nachdem noch einige Redner sich geäußert, betonte der Referent in seinem Schlußwort, nachdem er vorher die gegnerischen Ausführungen auf ihren wahren Wert zurückgeführt hatte, nochmals die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe und machte besonders darauf aufmerksam, daß der gewerbe

schafflich organisierte Arbeiter auch auf parteipolitischem Gebiete nicht müßiger Zuschauer bleiben dürfe. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde nach dreifündiger Dauer die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Eingelandt.

In die Pantinenmacher.

Die Kollegen in Wittenberge, welche fast sämtlich dem Holzarbeiterverbande angehören, wollen in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abhalten, auf die sie die Kollegen der umliegenden Orte hiermit schon heute aufmerksam machen. Der nähere Termin wird in der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben.

Kollegen, nur wenn wir vereinigt sind in einer großen Organisation, können wir unsere schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger gestalten. Dem einzelnen von uns ist das ganz unmöglich, er wird vom Arbeitgeber immer abgehoben werden, wohngegen der Gesamtheit gegenüber solche Rücksichtslosigkeit unterbleiben wird. Darum, Kollegen, wenn Ihr wollt, daß es in unserem Beruf besser werden soll: Ginein in den deutschen Holzarbeiterverband!

Differenzen und Kohlbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen in der Schlichterschen Bürstenfabrik in Elmshorn sind nach einständiger gemeinsamer Verhandlung zur Zufriedenheit der Arbeiter beendet. Die Arbeit ist am 27. November wieder aufgenommen. Am 10. Dezember findet eine Mitgliederversammlung statt, in der hoffentlich alle heiligen Mitglieder erscheinen werden.

Sämtliche Tischler der Firma Mathias, Fabrik für photographische Apparate in Schmiedeberg (Bez. Dresden) haben am 3. Dezember die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zur Ausförrung der Arbeiter in der Gotthard Waggonfabrik wird uns geschrieben: Die Direktion sucht jetzt mit allen Mitteln Leute in den Betrieb zu locken, um bis zum 10. d. M., wo die Generalversammlung der Aktionäre stattfindet, damit prähen zu können. Die Buchhalter und die Meister, Ingenieure, Techniker und der Portier, ein früherer Gehilfpolizist, und sogar der Direktor geben sich alle erdenkliche Mühe, auf den Bahnhöfen und in der Stadt, sowie auswärts Arbeiter anzuwerben. Die Ausständigen sind aber auch auf dem Posten, und dank der Aufmerksamkeit ist schon mancher abgehoben, wo die Firma glaubte, den Herrn Arbeitswilligen sicher im Betrieb zu haben. Auch die Kollegen von auswärts sind auf dem Posten; so ist es gelungen, circa 80 Kollegen in Breslau zurückzuhalten, wo der Meister Faust und Buchhalter Schmelz ihnen die Papiere schon abgenommen hatten. Mit einem tüchtigen Donnerwetter sind unsere Breslauer Kollegen dazwischen gefahren, so daß die Herren die Papiere wieder ausgehändigt haben und unberichteter Sache verdursten mußten. Desgleichen erlitten wir die Kollegen in Werbau, ihr Augenmerk in Wenden, wo Waggonfabriken sich befinden, auch dem kleinsten verdächtigen Umstand zuzuwenden, und uns sofort Kenntnis nach hier gelangen zu lassen. Einen Arbeitswilligen haben wir aus Grünberg in Schl., Namens Hennig, zu verschaffen. Es ist deshalb notwendig, daß die Kollegen in Schlesiens doppelt auf dem Posten sein müssen.

Kollegen aller Orten, aufgepaßt, seid auf der Hut; denn der Vorteil, den wir hier erringen, kommt Euch gewiß auch wieder zu gute.

Ans den Bernfen der Holzbranche.

Die Fuchtel des Lehrmeisters soll gegen diejenigen Lehrlinge geschwungen werden, welche Neigung zeigen, dem neu gegründeten Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter beizutreten. Der Vorstand der Tischlerinnung erläßt in der Fachzeitung folgende

Offizielle Ankündigung.

Den Herren Lehrmeistern machen wir hierdurch zur Pflicht, ihren Lehrlingen den Beitritt zu einem Verein oder den Besuch von Versammlungen auf das allerstrengste zu untersagen und bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot von dem väterlichen Bückigungsrecht des Lehrmeisters den ausgiebigsten Gebrauch zu machen oder den widerspenstigen Lehrling sofort zu entlassen.

Im Interesse unserer Autorität wie auch im Interesse der uns anvertrauten Lehrlinge selbst sind wir verpflichtet, mit aller Entschiedenheit darauf zu achten, daß der Versuch gewissenloser Agitatoren, sogar die unreifen Lehrlinge zu verlocken und diese in die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu ziehen, im Keime erstickt wird.

Den Lehrkontrakten werden wir einen entsprechenden Abjaß zufügen.

Der Vorstand der Tischlerinnung. Im Auftrage: C. N a h a r d t, Obermeister.

Hier zeigt sich der Vorstand der Tischlerinnung in voller mittelalterlich-zünftlicher Rasttheit.

Wenn der Geseßgeber dem Lehrmeister ein „väterliches Bückigungsrecht“ zuerkannt, so ging er von der Voraussetzung aus, daß der Lehrmeister auch in einem väterlichen Verhältnis zu seinem Lehrling steht, daß er in väterlicher Sorge um das Wohl des ihm anvertrauten Lehrlings sich die tüchtige berufsmäßige Ausbildung des jungen Mannes angelegen sein läßt, und daß dieser mit dem Beginn der Lehrzeit aus dem Hause der Eltern in die häusliche Gemeinschaft des Lehrmeisters übergeht.

Diese Voraussetzungen treffen aber unter den heutigen Verhältnissen gar nicht mehr zu. Der Lehrling bleibt in den allermeisten Fällen im Haushalt seiner Eltern, er erhält von ihnen Kost und Wohnung, wofür der Lehrmeister ein meistens unzureichendes „Kostgeld“ zahlt. Damit fällt eine der wesentlichsten Voraussetzungen des „väterlichen Bückigungsrechts“ weg. Was aber die andere Voraussetzung: die Sorge um eine gediegene Ausbildung betrifft,

so ist es ja allgemein bekannt und braucht nicht erst bewiesen werden, daß die Lehrlinge, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, für ihren Lehrmeister nichts anderes sind als billige Arbeitskräfte.

Auch die Tischlermeister Hamburgs haben nun ihren Schutzverband. Nicht in corpore sind die Innungsmitglieder demselben beigetreten, vielmehr geschah dies nur fakultativ. Wurde doch seitens einzelner betont, daß der Schutzverband bei keinen Differenzen die Mitglieder sich selbst überlasse, und nur bei großen Streits und Sperren die nötige Hilfe zu teil werden lasse. Wir meinen, daß es auch in diesen Fällen hapern wird, fernermalen die Zahl der Mitglieder in den 42 Städten doch nur verhältnismäßig gering ist. Und dann der Beitrag! Für jeden Gesellen, den ein Mitglied beschäftigt, pro Monat M 1,50, M 5 Eintrittsgeld und M 4 Beitrag des Meisters pro Jahr. Ein ganz anständiger Beitrag, und dann wenig Aussicht, Unterstützung zu beanfordern oder zu erhalten. In Hamburg hat die Organisation der Gesellen es bisher immer vermocht, in freundlicher Weise sich über die Differenzpunkte mit den Meistern zu einigen, und beide sind gut dabei gefahren. Der letzte Bauschlichtertarif ist sozusagen ein Stück Kulturarbeit, der auf Jahre hinaus — wenn beide Parteien sich strikte an denselben halten — Ruhe und Frieden geschaffen hat, und es beiden Organisationen ermöglicht, ihre überschüssigen Mittel Unterstützungs- und anderen Zwecken zuzuwenden. Allem Anschein nach hat der Obermeister der Hamburger Innung in seiner Besichtigung als Feuerversicherungsagent Langeweile, daß er auf den Einfall kommt, seine überflüssige Zeit mit Schutzverbandsplänen totzuschlagen, oder will er, nachdem er jahrelang seit Daniel Plenumings Zeit die gekränkte Leberwurst im Schmolzwinkel spielte, nun noch einmal an die Oberfläche kommen und als dienendes Glied des großen Uebermachers dessen „Mühm“ vergrößern helfen? Fast scheint es so. Uns recht, wenn zu der Innungsjahresfeier noch eine zweite kommt; in Hamburg wird weder die eine noch die andere Art große Bedeutung erlangen. Für die Bedeutungslosigkeit der offiziellen Innung ist der in diesem Jahre abgeschlossene Bauschlichtertarif der beste Beweis. Derselbe kam nicht nur ohne sie, sondern gegen ihren Willen zu stande.

Die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien berufen auf den 17. Dezember d. J. eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der über Beteiligung an einer zu gründenden Galalith-Gesellschaft Beschluß gefaßt werden soll. Galalith ist ein Fabrikat, das in ähnlicher Weise wie Hartgummi, Celluloid und Horn Verwendung findet. Zur Vervollständigung des Galalithgeschäfts bietet sich jetzt infolgedessen eine günstige Gelegenheit, als die Verwaltung der Gummiwarenfabriken mit der seit mehreren Jahren in Paris bestehenden Compagnie Francaise de la Galalith ein Abkommen getroffen hat, durch das die französische Gesellschaft auf die neu zu gründende Internationale Galalith-Gesellschaft übergeht. Das hierzu für die Vereinigten Gummiwarenfabriken erforderliche Kapital entnehmen dieselben vorläufig ihren eigenen Mitteln. Die neu zu gründende Gesellschaft ist als Kommanditgesellschaft mit dem Sitz in Harburg gedacht, bei der der Vorstand der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien als persönlich haftender Geschäftsführer fungiert. Die Verwaltung der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien verpflichtet sich durch diese Transaktion günstige Erfolge und eine gute Entwicklung und Ausdehnung des Galalithgeschäfts.

Der Kapitalismus ist international, um günstige Geschäfte zu machen; den Arbeitern verhält man es, wenn sie sich international organisieren, um ihre Arbeitskraft gut bezahlt zu bekommen und den Raubbau mit derselben zu verhindern. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Gewerkschaftliches.

200 000. Eine Auflage von über 200 000 Exemplaren hat die deutsche „Metallarbeiterzeitung“ mit der vorliegenden Nummer 49 erreicht. Ein einzigartiges Ergebnis! Gerade vier Jahre sind es her, da konnte die „Metallarbeiterzeitung“ berichten, daß die Auflageziffer die ersten Hunderttausend überschritten habe. Im folgenden Jahre stieg die Auflage auf 108 200 Exemplare, und dann ging es in Riesenschritten vorwärts: 1902 130 600, 1903 165 000, und nun noch vor dem Schluß des Jahres 1904 ist die Auflage auf mehr als 200 000 Exemplare gestiegen. In vier Jahren eine Zunahme der Mitglieder um 100 000 — denn die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes bleibt nur um einige Tausend hinter der Auflageziffer der Metallarbeiterzeitung zurück —, in den letzten 11 Monaten allein eine Mitgliederzunahme um mehr als 85 000. Dieser Erfolg dürfte bisher unerreicht dastehen. Es drängt uns, dem Metallarbeiterverband und seinem Organ, der „Metallarbeiterzeitung“ zu diesem Erfolge unsere herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Einen besseren Schrittmacher, als der Metallarbeiterverband es ist, können wir uns gar nicht wünschen.

Allen organisierten Kollegen wird das gute Beispiel, das ihnen der Metallarbeiterverband gegeben hat, ein guter Ansporn sein, den Holzarbeiterverband ebenso stark und mächtig zu machen, damit den 200 000 organisierten Metallarbeitern halb 200 000 organisierte Holzarbeiter zur Seite stehen.

Zur Waiseier. Die vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart beschließen mit großer Mehrheit, künftig am 1. Mai keine Umnug mehr zu veranstalten. Unter den größeren Gewerkschaften, die sich gegen den Umnug erklären, befinden sich die Buchdrucker und Metallarbeiter. — An und für sich ist bei der Waiseier kein Umnug nötig und vielfach, z. B. fast überall in Preußen, ist er nicht möglich. Wo er aber möglich ist, da gibt er ein Mittel, die Waiseier, die eine Demonstration ist und sein soll, mehr an die Öffentlichkeit treten zu lassen, sie wertvoller zu machen. Die freiwillige Aufgabe des Umnuges ist darum eine bedauernde Schwäche und

eine Tat, die keine deutsche Gewerkschaft nach den Beschlüssen von Amsterdam verantworten kann.

Das Berliner Gewerkschaftshaus wird durch Erweiterung eines Nachbargrundstückes vergrößert werden, in dem sämtliche Räume zu Bureauzwecken Verwendung finden sollen; auch der große Saal soll eine Vergrößerung erfahren. Einige Gewerkschaften haben einstweilen in der Nachbarschaft sich niedergelassen.

Die Einführung der Sterbeunterstützungskasse beabsichtigt das Magdeburger Gewerkschaftsamt. Dieselbe soll für alle Gewerkschaftsmitglieder obligatorisch sein und sowohl dem Lokal-Sterbekassenwesen, wie auch dem Umwesen der gewerksmäßigen Volksversicherungen („Victoria“ usw.) entgegenwirken. Von allen Mitgliedern soll ein einmaliger (Eintritts-)Beitrag von 20 M. und bei jedem Sterbefall ein Umlagebeitrag von 10 M. erhoben werden. Die Unterstützung soll nach 1—4 jähriger Mitgliedschaftsdauer 100—400 M. betragen, ein geistliches oder Altagerecht soll ausgeschlossen sein. Die Verwaltung soll in Händen des Kartells ruhen und die Einrichtung am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Das „Corresp.-Bl. d. G.-St.“ warnt vor diesem Unternehmen.

Das Drama von La Cluse in Frankreich, über das wir in Nr. 33 (Seite 279) dieses Jahrganges berichteten, hat nun vor dem Schwurgerichte in Annecy seinen Abschluß gefunden. Von den vier Söhnen des Uhrenfabrikanten Grelleg, welche aus der Fabrik heraus auf verübende streikende Arbeiter geschossen, mehrere davon getödtet und zahlreiche verwundet hatten, worauf die Arbeiter die Fabrik stürmten, wurden drei zu je einem Jahre, der vierte zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden sie solidarisirt zur Zahlung von 12 000 Fr. an die Hinterbliebenen der Getödteten angehalten. Die wegen Demolierung des Fabrikfabrikaments angeklagten Arbeiter wurden dagegen freigesprochen.

Die amerikanischen Gewerkschaften sind im letzten Jahre um zirka eine halbe Million Mitglieder gewachsen. Sie hatten nach einer Zusammenstellung, die im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ erschien, nach den durchschnittlichen monatlichen Mitgliederziffern 1 488 000 Mitglieder. Die größte Gewerkschaft ist die der Bergarbeiter mit 217 000 Mitgliedern, dann kommen die Tischler und Zimmerer mit 109 000, die Maler und Tapezierer mit 58 000, die Handelsangestellten mit 50 000 usw.

Literarisches.

Saarabten vor Gericht. Der Bericht über den Prozeß des Geheimrats Hilger gegen den Bergmann Krämer, von dem der Minister Möller im preussischen Landtage sagte: „Wir ist berichtet worden, daß der Bericht im wesentlichen zutreffend sei“, ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben. In diesem Prozeß wurde aufgedeckt, mit welchen Mitteln staatliche Betriebe arbeiten, um jede freie Bewegung ihrer Arbeiter zu unterdrücken. Deshalb ist dieser Prozeß den beteiligten Bergwerksverwaltungen nicht nur, sondern auch den herrschenden Parteien, namentlich dem Zentrum, unangenehm, wie die neulich stattgefundenen Debatten im preussischen Landtage gezeigt hat. Sie fürchten die Sozialdemokraten als „schadenbringende Dritten“. Darum aber verdient die Broschüre namentlich in den Kreisen der Staatsarbeiter und unteren Beamten weiteste Verbreitung. Der Preis ist 50 Pfennig.

Briefkasten.

Priebus, W. B. lieber Freund! Wäre es nicht viel zweckmäßiger, Du würdest Deinen Vorschlag dem Gewerkschaftsamt unterbreiten, der ja immerhin in einigen Orten den Versuch: eine Frau als Referentin zu engagieren, machen könnte. Ob der Erfolg der von Dir erhoffte sein wird, ist sehr fraglich. In der Woche darauf als z. B. in Lauterberg a. Harz eine anerkannt tüchtige Referentin den Männern und Frauen „aus der Seele“ gesprochen, wurden bei unserer Expedition 70 Zeitungen abbestellt.

Gelsenkirchen, G. S. Nach gründlicher Durchsicht haben wir die Uebersetzung gewonnen, daß wir mit der Veröffentlichung Ihrer Vorschläge und deren Begründung offene Türen einrennen würden. Nichts ist darin enthalten, was jeder einigermaßen denkfähige Kollege nicht schon wüßte. Wenn Sie aber ein Abrißes tun wollen, dann senden Sie dem Gewerkschaftsamt das Manuskript zu, vielleicht findet dieser noch einen Fingerzeig darin.

Bremen, G. S. Uns ist von der Verlegung der Differenzen bei Bremer nichts berichtet worden. Zur Bekanntgabe der Sperre hielten wir uns nicht nur auf Grund des Telegramms in Nr. 43, sondern auch auf Grund eines in der „Bremer Bürgerzeitung“ enthaltenen Artikels über den Konflikt bei Bremer verpflichtet. Hier zeigt sich wieder einmal, wie notwendig es ist, daß die Redaktion regelmäßig über den Stand der vorhandenen oder beabsichtigten Differenzen unterrichtet wird. Zwar hätten wir, da nähere Mitteilungen nicht kamen, Bremen innerhalb zwei Wochen streichen sollen, aber wir glaubten, dies nicht tun zu dürfen, da wir von dem Umfang der Differenzen keine Ahnung hatten.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Der Stuttarter Franz Müller geb. in Gosbach in Württemberg, eingetret in Mannheim, ist vom Vorstande am 26. November d. J. auf Grund § 7 Ziffer 2 des Statuts als Mitglied aus der Kasse ausgeschlossen. Der Ausschluß konnte dem v. Müller, welcher z. B. in München in Arbeit stand, wegen Wegzugs nicht zugehelt werden. Sollte Müller sich in einer anderen Verwaltungsstelle an- oder krank melden, dann mölle die betr. Ortsverwaltung vorstehendes beachten. Müller ist kein Mitglied mehr.

Der Vorstand. S. A.: G. Blume, Vorsitzender.

**Versammlungs-Anzeiger.**

**Braunschweig.** Sonnabend, 17. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werber 82.

**Ein a. Rh.** Sektion der Parteilager. Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Wilsfeld, Gereonswall 4.

**Düsseldorf.** Sektion der Bauanschläger. Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 11 Uhr, in der „Wolfschlucht“, Alleestraße.

— Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 17. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Herrn Erlinghagen, Eilnerstraße.

**Emden.** Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Hotel „Vellevue“.

**Frankfurt a. M.** Sektion der Parteilager. Dienstag, den 18. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, 2. St., Zimmer 4.

— **Wärstenermacher.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 4.

**Geringwalde.** Jeden Sonnabend nach dem 15. jedes Monats im Hotel „Goldener Anker“. Tagesordnung wichtig. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Münster.** Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterstraße.

**Trier.** Samstag, den 10. Dezember, im Vereinshaus, Biegelstr. 24. Von da ab alle 14 Tage. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Bremen.** Das Verbandsbureau befindet sich kurze Wallfahrt 16. Dasselbst Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis, geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr. Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber sind auf alle Fälle zu meiden.

**Günzburg.** Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt im „Waggon“, Bahnhofsstraße.

Wir ersuchen die Kollegen, welche uns über den Aufenthalt des Mitgliedes **Joh. Gumpfer**, Schreiner, geb. zu Ingersheim, D.-M. Straßheim, (Buchn. 118191) Auskunft geben können, die Adresse dem Bevollm. **Matth. Gebr.**, Leutkirch i. Allg., mitzutellen.

**Max Devignaux**, Parteilobener, wo bist Du? Wer seine Adresse weiß, wird freundlichst ersucht, selbige an seinen Bruder **Joh. Devignaux**, Lehe 6, Bremerth., Grabenstr. 1a, 1. St., gelangen zu lassen.

Suche als Zeuge den Zimmergesellen **Walther Meinhardt**, Sohn der Witwe Ernst Meinhardt in Eberfeld, und bitte um glückliche Nachricht. **Josef Thomas**, Restaurateur, Linden i. W.

Eine neuverbaute Tischlerwerkstätte mit Wohnung, auch für Stellmacher passend, 10 und 6 m groß, südlich, 10 Minuten vom Bahnhof, ist zum Januar oder April 1906 billig zu verpachten oder zu verkaufen. Zu erfragen bei der Ortsverwaltung.

**H. Hensel**, Wriezener, Gartenstr. 19.

Junger, intelligenter Mann sucht Geschäftspraxis im Kontor einer Holzbearbeitungsfabrik oder Holzschneiderei als Buchhalter oder Lagerverwalter zu erlernen. Vorbildung ist vorhanden. Bevorzugt Prov. Brandenburg. Gef. Angebote an **Karl Schulze**, Lindenwalde, Neue Friedrichstr. 13.

**Tüchtige Bautischler** sucht für dauernde Arbeit **Heinrich Mittag**, Cottbus.

**Zalouficarbeiter** für dauernde Beschäftigung gesucht. **Heinrich Mittag**, Cottbus.

Tüchtige Tischler auf weiße Möbel finden dauernde Beschäftigung. **H. Schmidt**, Möbelfabrik, Rothwasser, D.-L.

Gebühter Bandsägeaufschweizer auf Holzpanzern gesucht. **Gustav Mentzel**, Belgia i. d. W.

**3 Korbmachergehilfen** auf Mattarbeit (Ballonkörbe), Sockelohn 80, 85 und 40 M., stellt noch ein **O. Hoffmann**, Korbfabrik, Cassel, Sebanstr. 6.

**Gestellarbeiter,**

der auch etwas Geschlagen mit übernimmt, sofort für dauernd gesucht. Reisegehalt wird mit M. 4 vergütet.

**F. Wehmer**, Jena.

Gesucht auf sofort zwei tüchtige Korbmachergehilfen auf Großgeschlagen. Dauernde Beschäftigung.

**G. Weitzel**, Müden i. Westf.

Einige tüchtige Pecher für dauernde Beschäftigung sucht **Arthur Hilscher**, Würsten- u. Wilsfeldstr. Frankenberg i. E.

Gesucht ein tüchtiger, längerer, nuchterner Bürstenmachergehilfe, der in sämtlichen Arbeiten bewandert ist und etwas bohren kann, auf sofort gegen hohen Lohn.

**F. W. Potrafke**, Bürstenfabrik, Wülheim a. d. Ruhr.

Gesucht sofort ein tüchtiger Bürstenmacher für sämtliche Arbeiten.

**Aug. Flohr**, Bürstenmacher, Emden.

**Günstiger Gelegenheitskauf für Bibliotheken!**

Es sind abgegeben: „Neue Tischler-Zeitung“. Sämtl. Jahrg. „Holzarbeiter-Zeitung“. Sämtl. Jahrgänge bis 1900 einschließlich, gebunden. „Fachzeitung der Drechsler und Gewerksgehilfen“. Jahrg. 1888 u. 1889 bis Juli. Angebote befordert die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

**Sine totale Umwälzung**

bedeutet mein Verfahren, auf „großen Flächen, Pianofronten etc.“ „ohne zu polieren“ durch einfachen Aufstrich den höchsten Politurglanz zu erzielen. 50 pZt. Material- und Zeitersparnis. Ueberraschender Erfolg! Ein Versuch kostet nichts!

**C. Bratsch**, Lack- und Politurwerk, Reinickendorf-Berlin.

**Weihnachts - Zigarren.**

Als besonders preiswert empfehle ich den Kollegen: Chicago M. 3,80, Hela 4,50, Nova 4,50, Bortland 5,50, Mexiko 5,50, Ostindische Pflanzen 5,50 und Brasil 5,50 per 100 Stück.

Um rege, baldige Bestellung bittet **K. Lindner**, Götting, Sandstr. 19.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150.000 Familien im Gebrauch!

**Gänsefedern,**

Gänsebaunen und alle anderen Sorten Bettfedern Neuheit und beste Reinigung garantiert! Gute, preiswerte Bettfedern der Pfand für 0,80; 1 M.; 1,40. Prima Halbbaunen 1,60; 1,80. Polierfedern: hellweiß 2,00; 2,50 Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Göttingische Gänsebaunen 2,50. Polierbaunen 3; 4; 5 M. Jede beliebige Pfundzahl sofort gegen Nachnahme Zurücknahme auf unsere Kosten!

**Pecher & Co.** in Herford W. No. 2214 in Westfalen.

Proben und Preislisten, auch über Bestände und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Hydrapropfen erwünscht!

**Tischler-Fachschule Wetmold** für Bau- und Möbelschreiner. Gelegentliche Meisterprüfung. Werkführer- und Zeichnerkurse. Programm frei. **Dir. Reinkeing.**

**Genossen!** Kauft mir den Bleistift „Solidarität“ von **Jean Bloss**, Stein bei Nürnberg.

Katalog frei



**Streich-, Blas-, Schlag-Instrumente Saiten und Zubehör, Zug- und Mundharmonikas, Spielwerke** aus erster Hand, bei **L. P. Sohnster**, Markneukirchen Nr. 748

**1 Probemesser umsonst** geben jedem, der unsere Ware noch nicht kennt und gewillt ist, bei guter Lieferung von uns zu kaufen. Senden Sie 20 g Briefmarken (für Porto etc.) ein, so erhalten Sie ein elegantes Taschenmesser mit 3 prima Klängen, Heft fein gepriegt in Altmetalle, nebst reichhaltigen Katalog umsonst u. frei.




**Saam & Co.** Stahlwaren-fabrik, Feche 132, Solingen.

**Achtung! ? Holzarbeiter!**

**Nur Verbandsmitglieder** erhalten gegen die geringe Ratenzahlung von monatlich 2 Mark sofort vollständig gebunden das in der „Holzarbeiter-Zeitung“ warm empfohlene Werk „Der praktische Tischler“ von **Herm. Walde**. 670 Seiten — 758 Textbilder, 100 Tafeln, 2 Modelle. Preis 20 Mark.

— **E. H. Fr. Reisner**, Buchhandlung, Leipzig.

**Glas-Christbaum schmück!**



aus erster Hand, in bester solider Ausführung. Wirklich prächtig reichfortiertes Sortiment I gegen Einfindung von M. 5 (Nachnahme 5,80), enthält 305 Stück mit echt Silber verplattete Atlas- und Panorama-Figuren, Eier, läutende Glöckchen, Trompeten, Vögel, Eichhörnchen, Früchte, Schneeballen, Leuchtblumen, Lichthalter, Baumspitze mit Silberhelm, wunderschön mit Silberdraht, Chemille u. Seidenquasten verzierte Neuheiten, staunenerregende japanische Lampe usw. — Sortiment II zum selben Preise, enthält 124 Stück größere Sachen; diesen beiden Sortimenten füge gratis eine diesjährige hervorragende Neuheit, Fruchtvasen, 20 cm hoch mit Blumenbouquet, 2 Palet Lametta und 1 Engel bei. — Sortiment III M. 4 (Nachnahme 4,80), enthält 276 Stück meist oben angegebene Sachen; dieses wird auf Wunsch auch geteilt eingerichtet. Hierbei gratis 2 Fruchtvasen, 14 cm hoch, 2 Palet Lametta, Konfektbaker. Für Händler Extra-Sortiment von 5 M. und höher. Als leistungs-fähiger Fabrikant bin ich in der Lage, jedermann Vorteile zu bieten.

**Max Heumann**, Lauscha S.-Mein. № 4.

**Paul Horn, Hamburg**

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

**Fabrik chemischer Produkte.**

**Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

**Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagont und englischgrün, rauchen das Holz nicht auf, prachtvoll Farbtöne, sofort trocken.

**Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

**Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

**Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt da zähe und scharf.

**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

**Paul Horn** liefert Ia. rectificierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

**Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.

**Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

**Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreise, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

**Vorwärts**

kommen will jeder.

Tischler, die sich fachlich fortzubilden bestrebt sind, abonnieren die reich illustrierte Fachzeitschrift **Der Deutsche Tischlermeister**.

Verlag: Stephan Schmitz, Berlin C, Burgstr. 19a.

Bestellungen durch Einfindung von M. 2,25 per Postanweisung mit genauer, deutlicher Adressenangabe pro Quartal (13 Nummern) nimmt der obige Verlag jederzeit entgegen.